

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

3

VI. Jahrgang

Wiesbaden, 1. März 1966

Einzelpreis 0,75 DM

25 21395

Das zweite Erbacher Abkommen hat den Arbeitern und Angestellten der Metallindustrie, neben einem Ausgleich für die eingetretenen Preisseigerungen, eine Beteiligung an der wachsenden Produktivität gebracht. So heißt es in der Erklärung Otto Brenners. Und weiter: Das Abkommen sei gleichzeitig ein Beitrag zur Stabilität, denn es bleibe im Rahmen der Empfehlungen des Sachverständigenrates.

Es ist zu befürchten, daß auch die übrigen Tarifverträge, die zur Zeit zur Verhandlung stehen, sich gleichfalls an den Vorschlägen des Sachverständigenrates orientieren und dessen Empfehlungen damit ein Gewicht in den Lohnauseinandersetzungen bekommen, das ihnen nicht zusteht. Schon allein darum nicht, weil auf der anderen Seite die Bundesregierung nicht daran denkt, ihre inflatorische Ausgabenpolitik dem Vorschlag der Sachverständigen entsprechend zu dämpfen. Das Gutachten ist für Erhard, den Verantwortlichen für die Stabilität unserer Währung, keine „heilige Schrift“.

Um so eher sollten sich die Gewerkschaften davor hüten, die volkswirtschaftlichen Daten der Gutachter, bei aller Objektivität, mit der sie in ihrem Gutachten die gewerkschaftliche Lohnpolitik behandelt haben, zur Leitlinie

ihrer Tarifpolitik zu machen. Damit würden die Gewerkschaften praktisch nichts anderes akzeptieren als den Produktivitätslohn, wogegen sie sich bisher entschieden gewehrt haben. Das mit Recht, denn einmal gibt es bis heute noch keine objektive Methode, den Produktivitätsfortschritt exakt zu messen, und wenn, dann könnte er nur nachträglich ermittelt werden. Und endlich ist es die Aufgabe einer aktiven Lohnpolitik der Gewerkschaften, über den sogenannten Produktivitätsfortschritt hinaus eine ständige Erhöhung des Anteils der Lohn- und Gehaltsempfänger am Sozialprodukt zu erreichen.

Das Argument der Unternehmer, daß bei einer Steigerung der Löhne über den Produktivitätsfortschritt hinaus die Preise steigen müßten, ist falsch. In Wirklichkeit werden die Preise von ganz anderen Faktoren viel stärker bestimmt als von den Lohnkosten. Ein Lohnmechanismus auf Grund starker Bindungen der Löhne an volkswirtschaftlichen Daten, wie immer auch sie geschätzt oder errechnet wurden, macht gewerkschaftliche Lohnpolitik unmöglich. Damit würde gleichzeitig erreicht, was die Unternehmer schon seit Jahren verwirklichen möchten: Zentralabkommen, um Lohn- und Gehaltsverträge ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Industrien und Gewerben abzuschließen.

Lohnpolitik ist Machtpolitik. Das hat der Lohnkampf der Metallarbeiter wieder einmal mehr bestätigt. Der soziale und gesellschaftliche Fortschritt ist darum nicht das Ergebnis mehr oder weniger zutreffender Zahlen, sondern er bleibt das Resultat des gewerkschaftlichen Kampfes.

Bewegung in der Deutschlandpolitik	2
Geheimgespräche um Notstandsge setze	5
Metallarbeitgeber mußten sich beugen	6
Tarifbewegung geht weiter	7
Marschroute für den DGB-Kongreß	11
Bildungsurlaub gefordert	14
Sozialversicherung in Gefahr ..	16

Wirbel um Wehner

In der Redaktion der Illustrierten „Quick“ liegt, fest verschlossen, ein Manuskript, das sich mit dem SPD-Vize Herbert Wehner beschäftigt. Der Inhalt dieses Artikels ist nach den Worten des Redakteurs der „Quick“ angeblich so brisant, daß, würde er veröffentlicht, die politische Laufbahn Wehnens zu Ende sei und der SPD großer Schaden zugefügt würde.

Inzwischen hat Wehner auf einer Pressekonferenz zugegeben, daß es um seine Person Differenzen innerhalb der SPD gebe; aber es ist wohl anzunehmen, daß er, dem der erstaunliche Salto aus dem ZK der Kommunistischen Partei bis vor den Altar der Michaeliskirche in Hamburg gelungen ist, auch von diesem zweifellos hinterhältigen Angriff nicht zu befürchten hat, das Schicksal jener anständigen Sozialdemokraten teilen zu müssen, die, weil sie seine politische Anschauung nicht teilten, von ihm aus der SPD gefeuert wurden.

Inzwischen hat der Parteivorstand der SPD Wehner das Vertrauen ausgesprochen. Eines aber ist so sicher wie nur irgendwas: Mit dem Artikel der Illustrierten gegen Wehner wird in Zukunft immer gedroht, wenn es den Gegnern der SPD in ihre politischen Ziele paßt.

Bewegung in der Deutschlandpolitik

Offener Brief der SED an Sozialdemokratische Partei Parteivorstand der SPD bereitet eine Antwort vor

In der Bundesrepublik mehren sich die Zeichen dafür, daß ein Teil der verantwortlichen Politiker, wenn auch mit sehr vorsichtigen Worten, eine Überprüfung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung in die Diskussion bringt. Die Forderung des CDU-Fraktionssprechers Barzel, nicht über die Deutschlandfrage zu reden, hat wenig Zustimmung gefunden. Besonders das Kuratorium Unteilbares Deutschland, das bisher lediglich als propagandistisches Hilfsorgan des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen aufgetreten ist, hat auf seiner letzten Konferenz in Berlin mit Nachdruck die Bundesregierung und den Bundestag aufgefordert, sich ernstlich Gedanken darüber zu machen, wie die deutsche Frage politisch aufgewertet werden könnte, und gleichzeitig angeregt, die Begegnungen und Diskussionen zwischen den Menschen der beiden deutschen Teilstaaten zu fördern und zu intensivieren.

Selbst der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Mende, hat auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärt, daß man 1966 keine Deutschlandpolitik mit den Gemeinplätzen und Klischees der fünfziger Jahre treiben könne. Er fordert eine Politik verstärkter Begegnung, um eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands zu fördern. Auch in der Sozialdemokratischen Partei gibt es vermehrte Anzeichen dafür, daß die Parteimitglieder eine Änderung der Deutschlandpolitik ihrer Partei verlangen. Bezeichnend hierfür ist die Entschließung des SPD-Bezirksstages in Schleswig-Holstein, der nicht mehr und nicht weniger forderte, als den Kontakt zwischen den Menschen aus beiden Teilen unseres gespaltenen Landes zu verstärken und unbeschadet des sogenannten Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik Vereinbarungen mit den „Machthabern“, wie es heißt, der DDR zu treffen.

Schließlich hat auch das Gesamtdeutsche Ministerium eine Studie ausgearbeitet, in der festgestellt wird, daß in der Praxis die Schaffung der nationalen Einheit den Vorrang besitze gegenüber Gebietsansprüchen jenseits der Oder und Neiße.

Am nachdrücklichsten werden die Forderungen nach einer Auflockerung der West-Ost-Politik in den Gewerkschaften vertreten. Sind auch die offiziellen Stellungnahmen des DGB und der Gewerkschaftsvorstände gegenüber der DDR und ihren Gewerkschaften in der Regel noch kühl und abweisend, so drängt doch ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder auf objektive Auseinandersetzungen mit dem Osten, damit die Gewerkschaften nicht zu den letzten „kalten Kriegern“ gezählt werden müssen.

Im Gegensatz zu den zaghafte Versuchen in der Bundesrepublik, die Diskussion um die Deutschlandfrage neu zu beleben, haben die Verantwortlichen in der DDR ganz offensichtlich die Initiative mit konkreten sachlichen Vorschlägen ergriffen.

Nachdem vor einiger Zeit der Staatssekretär für Gesamtdeutsche Fragen der DDR, Hermann, praktische Vorschläge für eine Diskussion an die bundesdeutsche Adresse gerichtet hatte, ist nun der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, mit einem offenen Brief an den Parteitag der SPD herangetreten, der Anfang Juni in Dortmund stattfinden wird.

Der offene Brief an die SPD ist kein journalistisches Meisterwerk und wird zweifellos nicht in allen Teilen von den Parteimitgliedern der Sozialdemokratischen Partei akzeptiert werden können. Aber er hat einen für sich, und das ist seine Offenheit. Der Brief läßt erkennen, daß auch die SED eine Überprüfung ihrer Deutschland-Politik vorgenommen hat und von den politischen Kräften in der Bundesrepublik, von denen sie glaubt, daß sie für ein Gespräch die besten Voraussetzungen bieten, nicht zuviel verlangen will. Der Brief ist ohne Überheblichkeit und offensichtlich von dem Wunsch diktiert, miteinander zu sprechen, um die Spannungen und die Spaltung Deutschlands zu überwinden. Es heißt u. a. darin:

SED und SPD sind die bei weitem stärksten Parteien Deutschlands. Wenn die Beziehungen dieser beiden größten deutschen Parteien durch Feindseligkeit oder dadurch gekennzeichnet werden, daß man nicht miteinander spricht, dann bliebe die deutsche Frage auch in Zukunft blockiert. Denn die Politik der westdeutschen CDU/CSU-Regierung ist so festgelaufen und steckt so tief in der Sackgasse, daß von dieser Seite nur weitere Vertiefung und Versteinerung der deutschen Spaltung zu erwarten ist.

Daß Adenauers Deutschlandpolitik in der Sackgasse feststeht, ist klar. Deshalb wird jetzt in Westdeutschland soviel darüber diskutiert, wie gewisse Positionen der Adenauerschen Revanchepolitik abgebaut und den Realitäten Rechnung getragen werden kann.

Dabei gewinnt die Erkenntnis an Boden, daß die deutsche Frage ohne Anerkennung der DDR und Versöhnung mit ihr, ohne Anerkennung der bestehenden Grenzen und ohne Brüderlichkeit zur Abstützung in Deutschland nicht lösbar ist. Ebenso wie keine Frage des Friedens und der Sicherheit in Europa ohne gleichberechtigte Mitwirkung der DDR geregelt werden kann.

Wir meinen: Es wäre tragisch für die Deutschen und für Deutschland, wenn die verfehlte Politik der CDU/CSU nochmals fünf oder zehn oder mehr Jahre fortgesetzt würde. Deshalb sind wir für eine Versöhnung aller Gegner des deutschen Militarismus, der Atomrüstungspolitik und des Neonazismus.

Wäre es nicht gut, werte sozialdemokratische Genossen, wenn Sie einmal mit uns Gedanken darüber austauschen würden, wie es denn nun in Deutschland und in der deutschen Frage eigentlich weitergehen soll. Wir wollen uns nicht in Ihre Angelegenheiten einmischen. Wer aber die Deutschlandfrage aus der Sackgasse herausholen will, in die sie durch die unselige Politik der Großbourgeoisie geraten ist, der muß sich auch fragen, ob seine eigene Kraft dazu ausreicht. Unbestreitbar scheint uns zu sein, daß die SPD die deutsche Frage allein nicht aus der Sackgasse herausholen kann. Und wenn die SPD weiter die Deutschlandpolitik der CDU/CSU betreibt, dann wird sogar jeder Ausweg aus der Sackgasse vermauert.

Wir geben offen zu, daß die SED allein die Deutschlandfrage auch nicht lösen kann. Aber die beiden größten Parteien Deutschlands könnten gemeinsam den entscheidenden Beitrag zur Lösung der Deutschlandfrage leisten, wenn sie wenigstens ein Mindestmaß an Annäherung und Übereinstimmung in den Fragen des Friedens und an Zusammenarbeit bei der Überwindung der Spaltung fänden.

Es sollte doch möglich sein, daß SED und SPD ihre Positionen auf der Grundlage solcher Vorschläge einander annähern, wie sie z. B. im Januar 1966 vom Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik dem Bundestag der westdeutschen Bundesrepublik übermittelt worden sind. Sie lauten:

■ Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung und Beteiligung an der Verfügungsgewalt über atomare Waffen in jeglicher Form;

■ beide deutsche Staaten anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa;

■ die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepu-

blik nehmen -- im Interesse des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit -- diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO bzw. zu allen Staaten des Warschauer Vertrages auf;

■ beide deutsche Staaten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Abrüstung in Deutschland;

■ beide deutsche Staaten leisten feierlich Verzicht auf solche Maßnahmen, Gesetze und Anordnungen, die den Weg zur Überwindung der Spaltung und zur Wiedervereinigung blockieren, wie z.B. atomare Aufrüstung, Notstandsgesetzgebung usw.;

■ die Regierungen beider deutscher Staaten treten in Verhandlungen mit dem Ziel ein, die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten und ihren Bürgern zu normalisieren.

Ist es nicht unnatürlich und auf die Dauer unerträglich, daß zwei deutsche Arbeiterparteien, die beiden größten Parteien Deutschlands, nicht miteinander reden und keine guten Beziehungen zueinander haben sollen? Die westdeutschen Monopolherren fahren nach Leipzig und nach Berlin. Sie sprechen und verhandeln mit beliebigen Regierungsstellen und Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik. Aber die deutschen Arbeiter in Ost und West sollen nicht miteinander reden dürfen? Wem nützt das? Gewiß ist: Es nützt weder den westdeutschen Werktätern noch den Werktätern in der DDR.

Manche Sozialdemokraten fürchten, bei einer entschiedenen Hinwendung auf den Weg zur Verständigung unserer Parteien könnte die Sozialdemokratie unter die Räder kommen. Wir sind der Überzeugung, daß sich diese Befürchtungen als unbegründet erweisen werden. Denn eine Partei wie die SPD, die über eine so große Basis im Volk und über eine feste Organisation verfügt, die von über 13 Millionen westdeutschen Bürgern gewählt wird, braucht nicht zu befürchten, unter die Räder zu kommen. Weder die SPD noch die SED brauchen eine "Risikostrecke" bei ihrer Zusammenarbeit einzukalkulieren. Wir lassen die historisch notwendig gewordene Zusammenarbeit nicht so auf, daß etwa jede dieser beiden größten Parteien Deutschlands versuchen sollte, den Partner zu übervorteilen. Die Zusammenarbeit -- so wie wir sie sehen -- könnte nur in loyalen und gleichberechtigten Beziehungen gedeihen, in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens, der gegenseitigen Achtung...

Um endlich eine Bresche in die Barrieren zu schlagen, die den Weg zur

Überwindung der deutschen Spaltung blockieren, schlagen wir vor, noch im Jahre 1966 ein Gremium für die offene Aussprache der Deutschen aus Ost und West zu schaffen.

Es ist heute schon vorauszusehen, daß auf dem Dortmunder Parteitag der SPD die Deutschlandfrage einen breiten Raum einnehmen wird. Darüber scheint sich auch der Parteivorstand der SPD durchaus im klaren zu sein. Es ist darum verständlich, daß zum erstenmal der Parteivorstand der SPD ein von der SED angestrebtes Gespräch nicht ausschlagen wird.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Herbert Wehner sieht zwar in dem offenen Brief des SED-Chefs Ulbricht an die SPD den Beginn einer "weitgefächerten" Aktion, aber er hat in einem Interview mit dem Deutschlandfunk zugegeben, daß die Anregungen der SED für eine Debatte nicht nur propagandistisch zu werten seien. Wehner erklärte gleichzeitig, daß der Parteivorstand der SPD Ulbricht auf seinen offenen Brief eine offene Antwort geben werde, wobei Gegenfragen von ihm angekündigt wurden, die sich auf die Erleichterung des Reiseverkehrs, des Interzonenhandsels und der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung der DDR sowie auf den "Schießbefehl" beziehen sollen.

Man darf auf die Antwort des SPD-Parteivorstandes gespannt sein. Niemand wird erwarten, daß der Brief Ulbrichts und die Antwort des SPD-Parteivorstandes schon einen Wandel in der Deutschlandpolitik bringen werden. Aber es ist doch das erste Mal, daß eine Anregung von drüben nicht einfach ignoriert wird, sondern zumindest eine politische Reaktion der Sozialdemokratischen Partei hervorgerufen hat.

Die Entscheidung des Parteivorstandes der SPD wird dabei nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis der Gewerkschaften zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in dem anderen Teil Deutschlands bleiben. H. S.

Zahl der Arbeitskräfte rückläufig

Während in den anderen Industriestaaten die Zahl der Arbeitskräfte bis 1975 zum Teil erheblich zunehmen wird, geht nach einer Untersuchung der OECD die Beschäftigtenzahl in der Bundesrepublik von 26,7 Millionen auf 26,4 Millionen zurück. In Frankreich rechnet man dagegen mit einer Zunahme von 20,5 auf 21,6 Millionen, in den Niederlanden von 4,5 auf 5 Millionen und in den USA sogar mit einem Ansteigen von 79 auf 93 Millionen Arbeitkräfte.

Der Schuldige

Das Sachverständigen-Gutachten über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik war Gegenstand einer zweitägigen Diskussion im Bundestag. Bekanntlich haben die Gutachter eine Änderung der Wirtschaftspolitik gefordert, um der inflationären Entwicklung Einhalt zu gebieten. Ihr Vorschlag, den Preisverfall jährlich um ein Prozent zu vermindern, fand aber nur die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion, während die Regierungsparteien und besonders der Bundeskanzler Erhard und sein Wirtschaftsminister, die Vorschläge des Sachverständigen-Gutachtens ablehnten.

Erhard weigerte sich, vor dem Bundestag konkrete Aussagen über die Maßnahmen der Bundesregierung zur Preisstabilität zu machen: „Anstatt mit Zahlen zu jonglieren, möge das Volk umdenken lernen.“ Das ist seit jeher die beliebte Methode Erhardts gewesen, das Volk bzw. den Verbraucher für seine verbraucherfeindliche Wirtschaftspolitik verantwortlich zu machen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Schiller stellte in der Bundestagsdebatte fest, daß während der Regierungszeit Erhardts die Preise am stärksten angezogen hätten. Während 1954 der Preisauftrieb noch 0,1 Prozent, 1958 2,2 Prozent und 1961/62 2,2 Prozent betragen habe, seien 1965 die Preise um 4,2 Prozent angestiegen.

Der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Eden, Georg Leber, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, kennzeichnete im Bundestag die von der Bundesregierung ständig vorgebrachte Behauptung, die Löhne seien an den Preissteigerungen schuld, als Methode, in der Öffentlichkeit die Gewerkschaften zu diffamieren.

Einen der tatsächlichen Gründe für die ständigen Preissteigerungen nannte, vielleicht unfreiwillig, der CDU-Abgeordnete Burghacher. Nach seinen Angaben werden 60 bis 70 Prozent aller Investitionen in der Bundesrepublik über den Preis gemacht, d. h., sie werden vom Verbraucher bezahlt. Die Investitionsquote für das Jahr 1965 wurde von ihm mit 26,7 Prozent des Brutto-sozialproduktes beziffert.

Im ganzen gesehen blieb die Bundestagsdebatte an der Oberfläche hängen. Niemand, auch die sozialdemokratische Fraktion nicht, wagte, die wirklichen Gründe für den Währungsverfall zu nennen, nämlich die hohen Unternehmerprofite und die enormen Staatsausgaben mit dem riesigen Rüstungsetat. Eine Stabilität der Preise und der Währung ist nicht anders möglich als durch eine radikale Einschränkung des Bundeshaushaltes und der ebenso unsinnigen wie gefährlichen Rüstung.

"LEOPARD" UND DIE INFLATION

Es ist schon oft gesagt worden, aber man kann es gar nicht oft genug wiederholen: Die Rüstungspolitik der Bundesrepublik ist das Übel aller Finanzmiserien bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Hauptursache für die schlechende Inflation. Jetzt hat ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums für spätestens 1967 neue finanzielle Forderungen angemeldet. „Wir können mit den Mitteln, die wir für 1966 haben, auf die Dauer die Planung nicht durchführen“, erklärte das Ministerium, das im laufenden Haushalt über 17,5 Milliarden DM für erkennbare Rüstungszwecke verfügt.

Nach der Erstausstattung der Bundeswehr, die bislang rund 150 Milliarden DM verschlang, ist es jetzt vor allem die Modernisierung und Umrüstung, die weitere und größere Summen erfordert. Nach der Mitteilung des Ministeriums muß der Bestand an Kraftfahrzeugen und Artillerie modernisiert werden. Ferner verursachte die Anschaffung neuer Schützenpanzerwagen und die Umrüstung auf den Kampfpanzer „Leopard“, die Ausstattung der Bundeswehr mit „Pershing“-Raketen sowie der Bau von drei Raketen-Zerstörern und zehn Raketen-Korvetten zusätzliche Kosten. Diese müßten umgehend zur Verfügung gestellt werden, „auch über die normale Zuwachsrage von 5 Prozent hinaus“.

Wenn es um die Bundeswehr geht, kümmert man sich in Bonn nicht um „volkswirtschaftliche Leitlinien“, die auch nicht für die Ausgabenpolitik des Bundes im allgemeinen und selbstverständlich auch nicht für die Gewinnentwicklung der Unternehmer im besonderen beschworen werden. Nur bei Lohn erhöhungen paßt alle Welt auf, daß sie möglichst noch darunter bleiben.

Angesichts der Forderungen des Verteidigungsministeriums wird es klar, warum die Bundespost mehr Geld haben will, warum die Sparförderung reduziert und die Benzinsteuer erhöht werden soll, die Bundesbahn ihre Tafife heraussetzt und die Preise munter steigen: Die „Leopard“-Kampfpanzer müssen rollen, und die „Pershing“-Raketen kosten auch ihr Geld. Sb.

DGB UND OSTERMARSCH

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat, wie bislang alljährlich, zum bevorstehenden Ostermarsch der Kampagne für Abrüstung eine Erklärung mit folgendem Wortlaut herausgegeben:

„Die Forderung der Gewerkschaften auf eine allgemeine, kontrollierte und weltweite Abrüstung und Achtung der Atomwaffen wird wie bisher vom DGB als eine eigene Aufgabe angesehen

und vertreten. Der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften beteiligen sich deshalb nicht an dem vom Zentralausschuß der Atomwaffengegner veranstalteten Ostermarsch 1966.“

Diese Erklärung besagt, daß der DGB und seine Gewerkschaften nicht offiziell als Organisationen an den Ostermarschen teilzunehmen gedenken. Die persönliche Teilnahme und Unterstützung des Ostermarsches durch die Gewerkschafter bleibt davon jedoch unberührt. So gehören beispielsweise Spitzenfunktionäre wie Georg Benz von der IG Metall, Hinrich Oetjen von der IG Chemie, Papier, Keramik und Philipp Pleß vom hessischen DGB zu den Unterzeichnern des Aufrufes zum Ostermarsch 1966.

Dennoch ist es befremdlich, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund öffentlich seine Distanz zur Kampagne für Abrüstung bekundet. Dies um so mehr, als die Forderungen der Kampagne für Abrüstung, die auf dem diesjährigen Ostermarsch vertreten werden sollen, mit jenen übereinstimmen, die zu Fragen der Abrüstung und der Atomwaffen auch auf den Gewerkschaftskongressen immer wieder beschlossen worden sind: Verzicht der deutschen Armeen auf atomare Bewaffnung, Stopp der Rüstung auf beiden Seiten, ein Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, Mitarbeit an der Strategie des Friedens und der Verständigung, eigene Abrüstungsinitiativen!

Darum ist es nicht richtig, wenn der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand diese Frage als „eine eigene Aufgabe“ des DGB behandelt wissen will. Diese Forderungen, für die zu Ostern wieder Zehntausende Bundesbürger demonstrieren werden, sind Forderungen der Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Nachbarvölker. Sie werden von Mitgliedern politischer Parteien, kultureller und kirchlicher Organisationen ebenso vertreten wie von den Mitgliedern der Gewerkschaften. Sie sind die Angelegenheit aller und sollten darum von allen gemeinsam vertreten werden. -ie-

NOCH AMERIKANISCHER ...

Als Echo auf die Studentendemonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam Anfang Februar in Westberlin ist etwas Merkwürdiges passiert: Nachdem weit über tausend Demonstranten vor das Westberliner Amerikahaus gezogen waren, das Sternenbanner auf Halbmast gesetzt und mit Transparenten und Schildern die Frage gestellt hatten: „Wieviel Kinder habt ihr heute wieder gemordet?“ — nachdem also den Vereinigten Staaten auch in der Bundesrepublik der Ab-

scheu über die Missetaten der Weltmacht Amerika an dem kleinen vietnamesischen Volk deutlich gemacht worden ist, geriet eine illustre Schar von Politikern, vom Regierungslager bis hin zur SPD, schier aus dem Häuschen.

Sie sprachen von nationaler Schande, von einem Symptom verstärkter kommunistischer Unterwanderung an den Hochschulen, batzen die Amerikaner um Vergebung, schlügen sich gegen die Brust, riesen „Mea culpa“, machen in kritischer Selbsterfleischung und schimpfen wie die Rohrspatzen gegen jene, die nicht gute Miene zum bösen Morden machen wollen. Man fragt sich, was das soll.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in der Welt Demonstrationen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam stattfinden. Selbst in den USA wird gegen Johnsons Vietnam-Politik demonstriert. Aber nicht nur tausend, wie in Westberlin, Zehntausende von Demonstranten zogen in den vergangenen Wochen durch die Straßen der amerikanischen Städte und vor das Weiße Haus in Washington. Einflußreiche und namhafte amerikanische Politiker, wie Senator Fulbright und andere, bringen öffentlich ihre Mißbilligung der Vietnam-Politik Johnsons zum Ausdruck.

Angesichts dieser Dinge nimmt es sich doch sehr merkwürdig aus, wenn sich bundesdeutsche Politiker amerikanischer gebärden als die Amerikaner. Wer die brutale, den Hitlerfaschisten abgeguckte Methode der Kriegsführung der USA in Vietnam billigt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, die eigene Vergangenheit noch immer nicht bewältigt zu haben. -ie-

HBV GEHT VOR GERICHT

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen will durch ein Beschußverfahren vor dem Arbeitsgericht Köln feststellen lassen, daß eine Betriebsvereinbarung über „Vermögensbildung“ durch regelmäßige Überstunden rechtsunwirksam ist. Diesem Entschluß liegt der Fall eines Einzelhandel-Filialunternehmens zugrunde, das die am 1. April 1966 in Nordrhein-Westfalen eintretende Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde durch eine solche Betriebsvereinbarung zu umgehen versucht. In der beanstandeten Betriebsvereinbarung ist festgelegt, daß die Arbeitszeit unverändert bleiben und die Bezahlung dafür nach dem 312-DM-Gesetz vermögenswirksam angelegt werden soll. Die Gewerkschaft weist solche Versuche zurück, tarifpolitische Erfolge wie die Arbeitszeitverkürzung durch regelmäßige Mehrarbeit gegenstandslos werden zu lassen.

Geheimgespräche um Notstandsgesetz

Was besprach Lücke mit Gewerkschaftsfunktionären? DGB-Kongreß muß Anti-Notstandsgesetz bekräftigen

Bundesinnenminister Lücke hat eine neue, aber gefährlichere Taktik zur Realisierung der Notstandsverfassung eingeschlagen als sein Vorgänger Höcherl. Nach seinen eigenen Worten will Lücke einen Notstands-Gesetzentwurf erst dann ins Parlament zur Beratung und Verabschiedung einbringen, wenn er nach einer Reihe von „vertraulichen Gesprächen“ mit der SPD und mit Gewerkschaftsfunktionären die Annahme für gesichert hält.

Um diese Zustimmung zu bekommen und vorhandene Bedenken zu zerstreuen, hat Innenminister Lücke in den vergangenen Wochen auch mit einigen Gewerkschaftsführern gesprochen. Dabei fällt vor allem die Wahl der Personen auf: Als erster wurde der Vorsitzende der IG Bau - Steine - Erden, Georg Leber, empfangen, dessen grundsätzliche Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung bekannt ist. Danach empfing Lücke den ÖTV-Vorsitzenden Heinz Klincker, der vor einigen Monaten die Ablehnung jeglicher zusätzlicher Notstandsregelungen, auf die der 6. DGB-Kongreß die Gewerkschaften verpflichtete, abgeschwächt hatte. Schließlich sprach Lücke auch noch mit dem DAG-Vorsitzenden Spaethen, der ebenfalls eine Notslandsregelung im Grundsatz nicht ablehnt.

Über den Inhalt ihrer Erörterungen haben alle Beteiligten Stillschweigen bewahrt. Die Gewerkschaftszeitung „Metall“ schrieb kürzlich zu der Verhandlungstaktik Lückes: „Metall warnt vor diesem Weg, den der neue Innenminister einschlagen will. In Geheimberatungen kann demokratisches Recht nicht entstehen. In Geheimberatungen gedeiht aber die Allmacht der Exekutive.“

Diese geheimen Gespräche hinter dem Rücken der Öffentlichkeit, auch der Gewerkschaftsmitglieder, sind nicht dazu geeignet, die Skepsis der Gewerkschafter gegenüber den Absichten der Bundesregierung zu zerstreuen.

Sie lassen außerdem berechtigte Zweifel auftreten, ob die an diesen Gesprächen beteiligten Gewerkschaftsfunktionäre den „Anti-Notstandsbeschluß“ weiterhin respektieren wollen. Darüber wird der bevorstehende DGB-Kongreß im Mai unbedingt Klarheit schaffen müssen, ebenso wie die Bekräftigung der ablehnenden Haltung seitens der Gewerkschaften zu den Bonner Notstandsplänen unerlässlich ist.

Parallel mit dem Bemühen, die ablehnende Haltung des DGB aufzuweichen, gehen die Bestrebungen der Bundesregierung, die mit dem Haushaltssicherungsgesetz im Dezember 1965 auf Anfang 1968 verschobene Inkraftsetzung des Selbstschutzgesetzes, des Schutzbauugesetzes und des Gesetzes zur Errichtung des Zivilschutzkörpers doch noch

zu beschleunigen. Diese „kleinen“ Notstandsgesetze sollen nach dem Willen Bonns möglichst zum 1. Januar 1967 Rechtskraft erlangen.

Nachdem sich im vergangenen Herbst die neue Bundesregierung gebildet und nachdem sie mit einem beispiellosen Auffront der Wähler die Wahlgeschenke wieder eingesammelt hat, hält sie sich jetzt offenbar für stark genug, die Notstandsgesetze endgültig durchzupauken. Es ist insbesondere der Aktivität der Gewerkschaften zuzuschreiben, daß dieses antidemokratische Gesetzeswerk trotz jahrelanger Bemühungen der bundesdeutschen Reaktion nicht verwirklicht werden konnte. Vornehmlich an den Gewerkschaften wird es liegen, daß die Notstandsgesetzgebung endgültig scheitert.

Am 28. Februar hat Innenminister Lücke auch eine Abordnung des DGB-Bundestandes zu Gesprächen über die Notstandsgesetzgebung empfangen. Befremdlich ist die anschließende Erklärung Lückes, er beurteile jetzt die Haltung der Gewerkschaften „optimistischer“. Es sei offenbar „bei einzelnen Gewerkschaften zu einem Abbau der Vorurteile“ gekommen. Er wolle die Gesetze nicht gegen, sondern nur gemeinsam mit den Gewerkschaften erarbeiten.

In Bonn arbeitet, wie gleichzeitig bekannt wurde, eine Kommission mit Hochdruck an dem Notstands-Gesetzeskomplex. Der Kommission gehören je drei Abgeordnete der CDU/CSU, FDP und der SPD, zwei Länderinnenminister und Beamte des Bundesinnenministeriums an. Es soll eine neue Gesetzesvorlage für die Beratungen im Bundestag vorbereitet werden.

Diese neue Situation bestätigt jene skeptischen Stimmen, die auf Bemühungen in den Gewerkschaftssplitzen hinweisen, den Anti-Notstandsbeschluß des 6. DGB-Kongresses zu revidieren. Die Drohung der Notstandsgesetze ist nun wieder akut geworden, und die Gewerkschafter haben allen Grund, gegen die geplante Einschränkung demokratischer Freiheiten tätig zu werden.

G. S.

In Personalratswahlen den DGB stärken

Zur Zeit und in den kommenden Wochen finden in den Verwaltungen und Dienststellen des Bundes, der Länder und Gemeinden, bei Bundesbahn und Bundespost sowie in den Stiftungen des öffentlichen Rechts usw. zum 6. Mai die Personalratswahlen statt. Der DGB hat die Beamten, Angestellten und Arbeiter aufgerufen, nur die Kandidaten jener Gewerkschaften zu wählen, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehören.

Diese Wahlen, sozusagen die „Betriebsrätewahlen“ im öffentlichen Dienst, berühren den Bereich der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, der Deutschen Postgewerkschaft, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Eine Stärkung der DGB-Gewerkschaften liegt schon deshalb im Interesse der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, weil der Deutsche Gewerkschaftsbund für diesen Bereich ebenso nachdrücklich eine gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen fordert wie in der übrigen Wirtschaft. Es leuchtet ein, daß der Erfolg in dem Maße sichergestellt wird, wie sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter zum Deutschen Gewerkschaftsbund bekennen und ihn durch ihre Stimmabgabe für die Personalratskandidaten der DGB-Gewerkschaften sichtbares Vertrauen entgegenbringen.

Das Personalvertretungsgesetz für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist von zum Teil undemokratischen Bestimmungen gekennzeichnet. Es im Sinne der Erweiterung demokratischer Rechte zu überprüfen und auszubauen, fordern der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften. Es erweist sich damit der Anspruch und die Notwendigkeit zur weiteren Stärkung des DGB im Sinne einer allseitigen materiellen und gesellschaftspolitischen Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten als gerechtfertigt.

Jetzt über 2 Millionen Mitglieder der IG Metall

Mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl im Jahre 1965 von genau 2011 313 hat die IG Metall den höchsten Mitgliederstand ihrer Geschichte erreicht. Wie der Hauptvorstand der Gewerkschaft mitteilt, wurde die Mitgliederzahl des Jahres 1964 um 74 637 übertroffen. Der Vorstand der Gewerkschaft betrachtet diese Entwicklung als einen wertvollen Beweis des Vertrauens, das die Gewerkschaft unter den Arbeitnehmern der Metallwirtschaft besitzt.

Metallarbeitgeber mußten sich beugen

**Lohnstopp-Absicht von IG Metall vereitelt
40-Stunden-Woche nun endgültig ab Januar 1967**

Regional begonnen und zentral beendet — das ist die kürzeste Formel für den äußeren Verlauf der diesjährigen Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie. Eine Lohnerhöhung von 6 Prozent, rückwirkend ab 1. Januar 1966, eine weitere Lohnaufbesserung um 5 Prozent, einschließlich des Ausgleichs für die Verkürzung der Arbeitszeit, ab 1. Januar 1967 und Verschiebung der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden um sechs Monate vom 1. Juli 1966 auf den 1. Januar 1967 —, das ist das materielle Ergebnis dieser in der Öffentlichkeit stark beachteten und in manchen Phasen beinahe dramatischen Tarifbewegung.

Man kann den Lohnkonflikt in der Metallverarbeitung nicht einfach an den ursprünglichen Forderungen der IG Metall (9 Prozent Lohnerhöhung und 40-Stunden-Woche ab 1. Juli 1966) messen; sie kann nur gewertet werden unter dem Blickwinkel der Zielsetzung von Unternehmern und Bundesregierung. Die Metallindustriellen und ihre Publikationsorgane klagen jetzt laudau, landab über das sogenannte „Zweite Erbacher Abkommen“. Sie erklären, nur unter Druck ihre Einwilligung zu der Vereinbarung gegeben zu haben, weil es keinen anderen Ausweg mehr gab, und bieten den Anblick der (vom Arbeitskampf) Nocheinmal-Davongekommenen.

Bundeswirtschaftsminister Schmücker bläst in das gleiche Horn und beklagt, „daß die Lohnerhöhung für 1966 höher ist, als es aus gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten vertretbar erscheint“.

Diese düstere und gedrückte Stimmung im Lager der anderen, die zum Teil auch nur vorgeläuscht ist, läßt jedoch klar erkennen, daß die Arbeitnehmer der Metallindustrie den neuen Tarifabschluß nur ihrer Kampftreue verdanken. Die Warnstreiks in Baden-Württemberg und Hessen, die Vorbereitungen auf Urabstimmung und Streik in diesen und anderen Tarifgebieten, darunter vor allem auch Nordrhein-Westfalen, haben die Unternehmer begreifen lassen, daß sie nicht länger mit der Geduld der Arbeiter und Angestellten der Metallwirtschaft spielen dürfen.

Von dem ursprünglichen Ziel der Metallindustriellen, die IG Metall auf Biegen oder Brechen, wenn nicht zum Lohnstopp, so doch wenigstens zur Anerkennung des vorausgeschätzten Produktivitätszuwachses von 4 Prozent als Basis einer Lohnerhöhung zu zwingen, ist nichts nachgeblieben. Die Absicht, die IG Metall und gleich ihr alle anderen Gewerkschaften in einem Exempel auf gesamtwirtschaftliche Daten nach Zuschnitt auf den Unternehmergeschmack festzulegen, ist laut und vernehmlich gescheitert.

Gewiß — auch die Gewerkschaft hat in diesem Ringen „Federn lassen“ müssen: die Verschiebung der Arbeitszeitverkürzung um sechs Mo-

nate und die Hinnahme einer ein- einhalbjährigen Laufzeit des neuen Vertrages. Dafür ist aber nun die 40-Stunden-Woche, nach zweimaliger Verschiebung, endgültig gesichert, denn in dem neuen Abkommen ist ausdrücklich festgelegt, daß über die Arbeitszeitverkürzung zum 1. Januar 1967 nicht mehr verhandelt werden kann.

Ein anderer bitterer Tropfen in dem Wein des Erfolges ist die Tatsache, daß die 6prozentige Lohnaufbesserung bedenklich nahe bei der sogenannten Gutachter-Leitlinie von 6,4 Prozent liegt. Die Diskussion um diese „Leitlinie“ hat offenbar Wirkungen gezeigt, die von der IG Metall nicht ignoriert werden konnten. Man kann (in einem anderen Sinne) den Unternehmern der Metallwirtschaft zustimmen, die jetzt erklären, die Metallvereinbarung dürfe keine präjudizierende Wirkung haben; nur meinen sie, künftige Lohnerhöhungen in der eisen schaffenden Industrie und anderen Bereichen müßten niedriger sein. Wir meinen indessen, daß die anderen im Lohnkampf stehenden Gewerkschaften das Zweite Erbacher Abkommen nicht als die obere Grenze ihrer Forderungen ansehen sollten, wie der OTV-Vorsitzende Kloncker dies ebenfalls bereits gesagt hat.

Die IG Metall hat in dieser Tarifbewegung ein so hohes Maß an gesamtwirtschaftlicher Verantwortung bewiesen, daß es zu wünschen wäre, die Unternehmer brächten nur halb so viel Verantwortung auf! Wahrscheinlich hätten wir dann endlich die stabilen Preise, von denen schon seit Jahren geredet wird.

Zum 31. März 1966 sind von der Gewerkschaft die Tarifverträge für die eisen- und stahlzeugende Industrie gekündigt worden. Die Arbeitnehmer dieser Branche können sich die Erfahrungen ihrer Kollegen in der Metallverarbeitung gleich zunutze machen: Die glaubwürdige Bekundung von Kampfbereitschaft, wenn Kampf notwendig erscheint, ist noch immer die Sprache, die von den Arbeitgebern am besten verstanden wird. Kilian

Die Lohnkosten in der EWG

Die Kommission in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat Ergebnisse einer Lohnerhebung der EWG-Länder aus dem Jahre 1963 vorgelegt. Danach liegen die Lohnkosten je Stunde in der Bundesrepublik angeblich am höchsten. Anders ist es bei den Angestellten. Hier steht Frankreich an erste Stelle. Geht man jedoch in die Details, dann ändert sich das Bild nicht un wesentlich. Zunächst einmal liegen die Lohnkosten in der Bundesrepublik, wenn man Ar beiter und Angestellte zusammen nimmt, kaum höher als in den übrigen EWG-Ländern. Berücksichtigt man dazu die sozialen Zuwendungen, z. B. Kinder geld und Familienhilfen, die den Arbeitnehmern in Belgien und in Frankreich geboten werden, sowie die ge ringen steuerlichen Belastungen in diesen Ländern, liegen die Einkommen in der Bundesrepublik niedriger als in allen Ländern der EWG außer Italien. Die Lohnkosten pro Stunde sagen we der etwas aus über die Höhe der Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik, noch über die Kaufkraft der Arbeitnehmer einkommen.

Bewährungsaufstieg für Angestellte

Nach langen Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft OTV und der DAG auf der einen sowie dem Bund und der Länder-Tarifgemeinschaft auf der anderen Seite ist im Februar ein sogenannter „Bewährungsstarif“ für etwa 400 000 Angestellte bei Bund und Ländern unterzeichnet worden. Danach haben Angestellte, die die an sie gestellten Anforderungen gut erfüllt haben, die Chance, nach einer gewissen Zeit automatisch in die nächsthöhere Gehaltsgruppe aufzurücken. Die Länge der Bewährungsfrist ist von zwei bis 15 Jahren gestaffelt.

HBV will Tarifvereinbarungen erzwingen

Mit Warnstreiks in vier Mannheimer Großhandelsbetrieben haben die Mitglieder der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen die Öffentlichkeit auf einen unglaublichen Zustand aufmerksam gemacht: Während im Tarifgebiet Baden-Württemberg der tariflose Zustand seit dem 31. Dezember 1965 besteht, herrscht dieser im Großhandel des Landes Nordrhein-Westfalen schon seit einem Jahr, und in Bremen sogar seit 1945! Die Unternehmer ignorieren die Gewerkschaft und erhöhen die Löhne und Gehälter nach ihren Gutdünken. Diesen Zustand will die HBV-Gewerkschaft jetzt be seitigen.

Machtmissbrauch

Mit fortschreitender Technisierung, Automatisierung und Konzentration der Wirtschaft zu immer größeren Produktionsstätten wächst ohne Zweifel die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Verantwortung aller Beteiligten. Das einzusehen, dürfte im allgemeinen nicht schwierig sein.

Jedoch nicht so im Lager der Unternehmer. Auf einer kürzlich durchgeführten Tagung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) hat der geschäftsführende Vorstand seine Mitglieder aufgefordert, dem angeblich vom Arbeitsmarkt ausgehenden Kostendruck „dadurch zu begegnen, daß unrentable Betriebszweige eingestellt und entsprechende Arbeitskräfte freigesetzt werden“.

Weitere Rationalisierungsinvestitionen sollen nach dem Willen des ASU-Vorstandes nur noch in jenen Bereichen vorgenommen werden, „die gute, überdurchschnittliche Gewinne abwerfen“.

Möglicherweise hat diese scharfmacherische Unternehmervereinigung nicht darüber nachgedacht, daß sie damit den Gewerkschaften geradezu lupenreine Argumente für die Notwendigkeit der Mitbestimmung liefert. Auf Lohnforderungen mit Betriebsstilllegungen zu antworten stellt eine geradezu beispiellose Bloßlegung niedrigen Gewinnstrebens dar. Diese Mentalität wird noch unsterblich durch die Forderung der ASU, nur dort zu rationalisieren, wo überdurchschnittliche Gewinne zu erzielen sind.

Die Gewerkschaften haben es schon immer gesagt, und die Arbeitnehmer haben es seit Jahrhunderten am eigenen Leibe erfahren: im Mittelpunkt des unternehmerischen Wirtschaftens steht der Gewinn. Er steht, wie die ASU-Tagung wieder bewiesen hat, sogar so weit im Vordergrund, daß bedenkenlos Empfehlungen ausgegeben werden, die für die Arbeiter, Angestellten und ihre Familien eine gefährliche Bedrohung der Existenz darstellen, wenn sie folgt werden.

Wer aber an verantwortlicher Stelle in der Wirtschaft steht, wie die Unternehmer und ihre Verbände, und dabei nur das Bankkonto sieht, dem kann unmöglich länger die alleinige Entscheidungsgewalt über die Produktion und die Arbeitsbedingungen für Millionen Menschen überlassen werden. Schließlich handelt es sich bei der Wirtschaft nicht nur um Objekte im luftleeren Raum; was und worüber da entschieden wird, berührt die materielle Existenzgrundlage und die gesellschaftliche Lebensweise des ganzen Volkes. Darum muß die Volksmehrheit — die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften — in den Betrieben und überbetrieblichen Gremien mitbestimmen.

Sb.

Tarifbewegung geht weiter

**ÖTV fordert 9 Prozent höhere Löhne und Gehälter
Auch Bergbau und Stahlindustrie kündigen Tarife**

Nachdem in der metallverarbeitenden Industrie der Tarifkonflikt abgeschlossen werden konnte, haben für rund 4,5 Millionen Arbeiter und Angestellte in anderen Wirtschaftsbereichen und im öffentlichen Dienst die Tarifgespräche begonnen. Im öffentlichen Dienst, bei der Bundesbahn und Bundespost, im Bauhauptgewerbe, im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie sind die Lohn- und Gehaltsverträge zum 31. März 1966 gekündigt worden.

In einer gemeinsamen Beratung haben die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, die Eisenbahngewerkschaft und die Deutsche Postgewerkschaft ein koordiniertes Vorgehen in den Tarifverhandlungen für die rund zwei Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern, Gemeinden, Bahn und Post beschlossen.

Die drei Gewerkschaften fordern um 9 Prozent höhere Löhne und Gehälter, die Verkürzung der z. Z. 44ständigen Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden bis 1970 sowie den Abschluß von Tarifverträgen nach dem Vermögensbildungsgesetz. Die Gewerkschaften stellen sich mit diesen Forderungen ausdrücklich gegen alle Versuche, die sogenannte „volkswirtschaftliche Leitlinie“, die bei dem Lohnabschluß in der Metallwirtschaft Pate gestanden hat, auch auf andere Tarifgebiete auszudehnen.

Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker sagte dazu, die Prozenterhöhungen, die in der letzten Zeit in der gewerblichen Wirtschaft vereinbart worden sind, könnten für den öffentlichen Dienst schon deshalb nicht als Maßstab gelten, weil dort Tarif- und Effektivlohn nicht voneinander abweichen. Die drei Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verwiesen u. a. auf die andauern den Preissteigerungen als Gründe für die Lohnforderungen. Im übrigen hinde die Entwicklung für die Beschäftigten in Verwaltungen und Dienststellen, bei Bahn und Post sowohl einkommensmäßig als auch in bezug auf die Arbeitszeit stark hinter der übrigen Wirtschaft her.

IG Bau bleibt bei 5,75 Prozent

Im Bauhauptgewerbe waren bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe bereits drei Tarifgespräche ergebnislos verlaufen. Während die IG Bau-Steinerden für rund 1,5 Millionen Beschäftigte im Bauhauptgewerbe eine Lohn erhöhung von 5,75 Prozent gefordert hat, boten die Unternehmer bisher nur 4 Prozent an. Sie beabsichtigen damit, wie schon vor ihnen die Metallunternehmer, die Gewerkschaft auf den von den Gutachtern vorausgeschätzten Pro-

duktivitätszuwachs von 4 Prozent festzulegen. Der IG-Bau-Vorsitzende Georg Leber erklärte auf einer Vertreterversammlung seiner Gewerkschaft in Kassel, ein Tarifvertrag mit einer nur 4prozentigen Lohnerhöhung komme nicht in Frage.

Bergbau: Lohnerhöhung und Treueprämie

Die IG Bergbau und Energie hat für die rund 380 000 Beschäftigten des Steinkohlenbergbaus eine Lohnerhöhung von 5 Prozent und die Zahlung einer Treueprämie gefordert, deren Höhe noch nicht bekanntgegeben wurde. Die ersten Gespräche zwischen Gewerkschaft und Zechenvertretern sind ergebnislos verlaufen.

Kündigung in Eisen- und Stahlindustrie

Die Industriegewerkschaft Metall hat nunmehr auch für die eisen- und stahlerzeugende Industrie die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31. März gekündigt. Die Höhe der Forderung soll noch bekanntgegeben werden. Die Stahlkonzerne haben bereits seit Wochen Stimmung gegen die erwartete Lohnbewegung gemacht und sich nicht gescheut, unhaltbare Zweckmeldungen über eine Konjunkturflaute in der Eisen- und Stahlindustrie zu verbreiten (siehe auch: „Verschwörung des Schweigens“).

Nach dem 6-Prozent-Abschluß in der metallverarbeitenden Industrie besteht jetzt für alle Wirtschaftsbranchen, in denen die Tarife gekündigt sind oder noch gekündigt werden, die Gefahr einer Festlegung auf diesen Prozentsatz. Die Gewerkschaften sollten sich gegen diese Praktik der präjudizierten Wirkung von Tarifabschlüssen im Metallbereich zur Wehr setzen und sich einzig und allein nach den sozialpolitischen Erfordernissen sowie den Möglichkeiten ihrer Branche richten.

K. Kilian

Maßhalten - nicht in Bonn

Vor drastischer Erhöhung der Postgebühren Das Argument von der Kostendeckung ist halbtos

Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost beschäftigt sich zur Zeit intensiv mit dem Plan einer umfassenden Gebührenerhöhung, die noch im Frühjahr wirksam werden soll. Insgesamt soll das gegenwärtige Gebührenaufkommen der Bundespost um rund 12 Prozent steigen.

So ist zum Beispiel an folgende Steigerungen gedacht: Standardbriefe von 20 auf 30 Pfennig, Postkarten von 15 auf 20 Pfennig, Päckchen von 80 Pfennig auf 1,00 DM. Die Paketzustellgebühr soll von 30 auf 60 Pfennig heraufgesetzt werden. Postanweisungen bis 10,— DM sollen 60 statt 30 Pfennig, bis 50,— DM 90 statt 50 Pfennig und bis 100,— DM 1,20 DM statt bisher 80 Pfennig kosten. Eine erhebliche Versteuerung ist auch bei Telegrammen und im Postscheckdienst vorgesehen. Insgesamt sollen diese Gebührenerhöhungen, die bei einzelnen Posten bis zu 100 Prozent betragen, zwischen 600 und 800 Millionen DM im Jahr einbringen.

Die Bundesregierung, die für diese Pläne verantwortlich zeichnet, ist auf dem besten Wege, den Rest ihrer Glaubwürdigkeit zu verlieren. Man muß sich wirklich fragen, woher Minister, die in der Öffentlichkeit ernst genommen werden wollen, den Mut nehmen, sozusagen in einem Atemzug "Maßhalten" bei den Löhnen und die Erhöhung der Gebühren bei der Post, der Fahrpreise bei der Bundesbahn sowie der Steuern für Spirituosen und Benzin zu fordern.

Die Postgebühren-Erhöhung wird von Politikern und Fachleuten hauptsächlich mit dem Hinweis zu rechtfertigen versucht, die Bundespost arbeite ständig mit Unterbilanz. Die Preisgestaltung müsse auch bei der Post nach dem Prinzip der Kostendeckung erfolgen. Diese Leute verschweigen einmal, daß die Bundespost jährlich allein rund 500 Millionen DM an den Bundeshaushalt abführen muß, gleichgültig, ob sie mit Gewinn oder Verlust gearbeitet hat. Zum anderen wird übersehen, daß die Post unerlässliche öffentliche Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen hat und nicht mit einer x-beliebigen Wurstfabrik verglichen werden kann.

Die Bundesbürger zahlen ihre Steuern schließlich nicht allein für den Unterhalt eines aufgeblähten Staatsapparates, für Gendarmen und Soldaten. Die Steuern sind in erster Linie auch für die Deckung der Kosten sozialer und zivilisatorischer Gemeinschaftsaufgaben da. Und dazu gehört, daß beispielsweise eine Rentnerin ihren Kindern und Enkelkindern mit der Post Geburtstagsgrüße schicken kann, ohne sich die Frage vorlegen zu müssen:

Brot oder Porto? Nach der neuen Gebührenerhöhung würde diese Frage bestimmt nicht nur bei Rentnern auftreten.

Kern

Preise steigen weiter

Die erheblichen Preissteigerungen des Jahres 1965 haben sich im Januar 1966 fortgesetzt. In diesem Monat waren die Lebenshaltungskosten um 4,2 Prozent höher als im Januar 1965. Nach einer amtlichen Ermittlung der Verbraucherpreise für ausgewählte Nahrungsmittel in den Landeshauptstädten der Bundesrepublik lagen die Preise im Januar 1966 um 7 bis 21 Prozent höher als vor einem Jahr. So stiegen beispielsweise die Preise für Speisekartoffeln um 20,6 Prozent, Eier Klasse B um 14,2 Prozent, Roggenbrot um 9,2 Prozent, helles Mischbrot um 8,7 Prozent, Schweinebauch um 6,8 Prozent, Schweinekotelett um 6,5 Prozent, Rindfleisch um 6,3 Prozent, Pflanzenöl um 6,7 Prozent und die Preise für Weizengehirn, Gries, Käse und Wurst um 2,5 bis 3,7 Prozent.

"Segnungen" der EWG: Lebensmittel werden vernichtet

Die Gewerkschaften in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) protestieren zur Zeit gegen einen ungeheuerlichen Plan dieser supranationalen Schöpfung des europäischen Unternehmertums: Dem EWG-Ministerrat liegt ein Entwurf für eine Ergänzung der EWG-Marktordnung für Obst und Gemüse vor, dessen verbraucherfeindliche Bestimmungen kaum noch zu überbieten sind. Danach sollen für die einzelnen Produkte sogenannte Interventionspreise festgelegt werden, die nur bis zu 40 Prozent unterschritten werden dürfen. Sollten jedoch die Preise infolge erhöhter Angebote weiter absinken, so muß so lange alles anfallende Obst und Gemüse vernichtet werden, bis sich die Preise wieder "stabilisiert" haben.

Der EWG-Ministerrat wird demnächst zusammenetreten, um diese Frage zu erörtern und nach Absprache mit den sechs Regierungen zu entscheiden. Wir

haben wiederholt in den NACHRICHTEN darauf hingewiesen, daß sich die EWG den Verbrauchern bisher nur durch immer neue Teuerungswellen präsentiert hat. Während von der Bundesregierung immer wieder behauptet wird, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sei zum Wohle der Bevölkerung geschaffen worden, ist für diese jedoch nicht erkennbar, worin dieses "Wohl" bestehen soll. Augenscheinlich ist vielmehr, daß die EWG nur den Produzenten — und selbstverständlich auch den beteiligten Regierungen — immer neue Vorteile auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik und den übrigen EWG-Ländern verschafft.

CDU will höhere Benzinsteuern

Ein Plan des CDU-Abgeordneten Müller-Hermann, der für seine Partei eine unpopuläre Initiative ergriffen hat, ist in der Öffentlichkeit auf starke Ablehnung gestoßen. Der Bundestagsabgeordnete hat die Erhöhung der Mineralölsteuer um 3 Pfennig je Liter vom 1. Januar 1967 angefordert. Außerdem sollen die Parkgebühren heraufgesetzt und die Kilometergelder für Fahrten mit dem eigenen PKW zur und von der Arbeit nicht mehr von der Lohnsteuer abgesetzt werden können.

Angeblich sollen die Mehreinnahmen, die insbesondere aus der Benzinversteuerung anfallen würden, zur Finanzierung des Straßenbaus herangezogen werden. Natürlich ist das nur ein Vorwand. In Wirklichkeit geht es um die Erschließung neuer Geldquellen für den Bundeshaushalt. Denn die Mineralölsteuer, die ursprünglich zweckgebunden eingeführt wurde, wird bereits heute nur zu 50 Prozent für den Straßenbau eingesetzt. Die andere Hälfte fließt ohne Zweckbindung in den Bundesetat und hilft offensichtlich mit, die Rüstungskosten zu decken.

Wohnungsbau wieder teurer

Die Baukosten je Wohnung lagen, nach dem neuesten Stand der Statistik, im November 1965 mit 55 600 DM um 9 Prozent höher als in der gleichen Zeit des Jahres 1964. Inzwischen ist aber die Durchschnittsgröße der Wohnungen nur von 79,8 qm auf 80,1 qm angewachsen. Die Steigerung der Wohnungsbaukosten lag damit im vergangenen Jahr um 125 Prozent höher als die Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten (4 Prozent).

Bis Ende November 1965 wurden in der Bundesrepublik insgesamt 368 000 neue Wohnungen bezugsfertig. Das bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitraum 1964 einen Rückgang von etwas mehr als 8 Prozent. Dieser beachtliche Rückgang der Wohnungsbauaktivität dürfte vor allem auf die Kürzung der öffentlichen Zuschüsse zurückzuführen sein.

Mit Entrüstung nahm die Tarifkommission der IG Metall in NRW davon Kenntnis, daß der Wirtschaftsminister des Industrielandes Nordrhein-Westfalen die Tarifautonomie, die ein Bestandteil der Verfassung ist, aufheben will.

Die Tarifkommission der IG Metall protestiert schärfstens gegen die Absicht des Wirtschaftsministers und gegen die totalitären Tendenzen in seiner Auffassung.

Die IG Metall erwartet von dem Landesparlament Nordrhein - Westfalen und von der Landesregierung, daß Minister Kienbaum wegen seiner Äußerungen zur Rechenschaft gezogen wird. Auch das Eintreten von Ministerpräsident Meyers für eine dem Taft-Hartley-Gesetz entsprechende Regelung wurde von den Mitgliedern der großen Tarifkommission schärfstens mißbilligt.

Bedenkliche „Rund-Tisch-Gespräche“

Minister Schmücker betreibt Seelenmassage am DGB
Dauergespräche sollen Gewerkschaften beeinflussen

Schon zweimal in diesem Jahr, im Januar und im Februar, hat Bundeswirtschaftsminister Schmücker Vertreter des DGB-Bundesvorstandes, unter ihnen mehrere Gewerkschaftsvorsitzende, zu einem wirtschaftspolitischen Gespräch empfangen. Im allgemeinen kann man nichts gegen Gespräche einwenden, wenn sie sachlich, ehrlich und ohne Hintergedanken geführt werden. Bei den Spitzengesprächen mit dem Bundeswirtschaftsminister muß man jedoch Bedenken haben.

Wie aus den Communiqués zu ersehen war, unterhielt man sich u. a. recht angeregt über „eine Anpassung der Lohn- und Arbeitszeitentwicklung an die Stabilitätsforderuisse“ und über das Gutachten des Sachverständigen-Gremiums, insbesondere über dessen „konjunkturpolitische Leitlinie“. Es dürfte selbstverständlich sein, daß die Gewerkschaftsvertreter ihren bekannten

Standpunkt in all diesen Fragen vertreten haben. Aber ebenso hat auch Bundeswirtschaftsminister Schmücker seinen bekannten Standpunkt vertreten, und der besagt, daß die Gewerkschaften in ihren Forderungen maßhalten sollen, was wiederum heißt, noch unter dem Notwendigen zu bleiben.

Wenn die Bundesregierung der Auffassung wäre, die Gewerkschaften würden nicht ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie Arbeitszeitverkürzungen fordern, so könnte man glauben, der DGB solle vom Wirtschaftsminister ermuntert werden, seine Mitgliedsgewerkschaften zu höheren Forderungen anzuhalten. In solchem Falle gäbe es keinen Grund, die Begegnungen in Bonn skeptisch zu beobachten. Da die Dinge aber genau anders herum liegen, bleibt doch nur die Absicht bestehen, maßhalterische Seelenmassage am runden Tisch zu betreiben.

Der „Industrierkurier“, vom 25. 1. 66, das Blatt der Unternehmer, die auf diesem Gebiet ihre Erfahrungen haben, schrieb zu den Spitzengesprächen bei Schmücker:

.... Teilnehmer aus den Spitzenverbänden der Wirtschaft messen der bei solchen Gelegenheiten immer beschworenen guten Atmosphäre eine größere Bedeutung bei als der skeptische Beobachter von außen. Ja, man meint sogar, daß nur aus eben dieser Unverbindlichkeit der Gespräche Wirkungen entstehen können, die das praktische Handeln der Gruppen beeinflussen. Das dauernde Gespräch auf der Grundlage allseits anerkannter Daten und Fakten beeinflusste die Gruppen schon per se (von selbst), selbst gegen ihren Willen.“

Kienbaum und die Logik

Die Tarifautonomie in Frage gestellt

NRW-Wirtschaftsminister attackiert Arbeitszeitverkürzung

Der nordrhein-westfälische FDP-Minister Kienbaum hat schon einige Male die Öffentlichkeit mit Vorschlägen überrascht, denen es an innerer Logik mangelte. So z. B., als er im Dezember des vergangenen Jahres die Verbraucher aufforderte, die Weihnachtsgeschenke erst nach Weihnachten zu kaufen, um die Preislawine zum Stillstand zu bringen. In einem Gespräch mit dem „Industrierkurier“ hat Kienbaum nun im Zusammenhang mit dem Tarifkonflikt in der Metallindustrie die Forderung aufgestellt, den Tarifpartnern das Recht zu nehmen, Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen abzuschließen.

Als Begründung führte er dabei an, daß in der Bundesrepublik schon über eine Million Gastarbeiter beschäftigt seien und in Teilbereichen der Volkswirtschaft, insbesondere bei den öffentlichen Diensten, in den Krankenhäusern, bei der Polizei und an den Schulen ein Mangel an Arbeitskräften herrsche, der „einer Kulturnation unwürdig“ sei. Nach seiner Rechnung käme eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche einer weiteren Verminderung der Arbeitskräfte um 550 000 gleich.

Nun müßte ein Minister darüber orientiert sein, daß die Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik bisher weder zu einem Absinken der Produktivität noch der Produktion geführt hat. Im Gegenteil: Die in den letzten Jahren in den Betrieben der Bundesrepublik durchgeführte Rationalisierung und das damit verbundene hohe Arbeitstempo hatten ein von Jahr zu Jahr steigendes Sozialprodukt zum Ergebnis.

Die Arbeitszeitverkürzungen waren nichts anderes als eine notwendige Maßnahme, um die Belastungen der

gesteigerten Arbeitsanforderungen zu normalisieren und einer fortschreitenden Abnutzung der menschlichen Arbeitskraft vorzubeugen. Ein weiteres Hinausschieben der 40-Stunden-Woche würde nicht zu einer Mehrleistung in der Wirtschaft führen, sondern zu einem weiteren Ansteigen der Frühinvalidität, die heute schon einen gefährlichen Stand erreicht hat.

Man kann es nur als Naivität bezeichnen, wenn der nordrhein-westfälische Minister Kienbaum die Verkürzung der Arbeitszeit für den Mangel an Arbeitskräften beispielsweise im öffentlichen Dienst oder in den Krankenhäusern verantwortlich macht. Wenn die Metallarbeiter eine Stunde länger arbeiten, werden die Krankenschwestern nicht eine Krankenschwester mehr haben. Um das Krankenpflegepersonal in ausreichendem Maße zur Verfügung zu haben oder die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu erhöhen, braucht man keinen Verzicht auf die Arbeitszeitverkürzung, sondern im Gegenteil, neben anständigen Gehältern und Löhnen, die gleiche 40-Stunden-Woche auch in diesen, wie Kienbaum es nennt, Teilbereichen der Wirtschaft.

-eg

Das ist also der Hintergedanke bei den Gesprächen am runden Tisch Minister Schmückers! Die Gewerkschaften haben es aber nicht nötig, in diese heimlich gelegte, mit „Würde“ und „Sachlichkeit“ getarnnte Falle zu tappen. Sie haben es auch nicht nötig, sich von oben herab belehren zu lassen. Sie haben selbst ihre Fachleute, die sich in wirtschafts- und sozialpolitischen Dingen auskennen, und darum sind ihre Forderungen wohl durchdacht, verantwortungsbewußt und gerechtfertigt.

G. S.

Besuch aus Moskau und Prag bei der OTV-Gewerkschaft

Im Monat März bekommt die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ihren ersten Ostbesuch. Aus der Sowjetunion trifft eine Delegation der „Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsbehörden der UdSSR“ mit ihrem Vorsitzenden an der Spitze ein, während aus der Tschechoslowakei eine Abordnung der „Gewerkschaft der Angestellten der Staatsorgane“ erwartet wird. Dieser erste Delegationsaustausch zwischen einer Gewerkschaft der Bundesrepublik und Gewerkschaften in kommunistischen Ländern war von dem OTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker Ende 1965 bei seinem Besuch in Karlsbad (CSSR) vereinbart worden.

Heinz Kluncker wird nach Beendigung des Besuchs der sowjetischen und tschechoslowakischen Gewerkschaftsabordnungen zu seiner angekündigten Studienreise in die Sowjetunion abfahren. Dies alles wird noch vor dem 7. DGB-Bundeskongress stattfinden und zweifellos auf die Entscheidungen der Kongreßdelegierten Einfluß haben, die in Berlin über das weitere Taktieren des DGB in Fragen „Ostkontakte“ beraten und beschließen werden.

Im DGB und den übrigen Mitgliedsgewerkschaften wird das Auftreten der ersten Ost-Delegationen in der Bundesrepublik mit großem Interesse verfolgt werden. Der OTV-Hauptvorstand hat für seine Gäste bereits einen Programmvorstellung ausgearbeitet, der u. a. Vorträge über Stellung und Aufgaben der bundesdeutschen Gewerkschaften in der Gesellschaft und im Arbeitsleben, zu Berufsfachfragen, Arbeits- und Betriebsverfassungsrecht, gewerkschaftliche Bildungsarbeit usw. vorsieht. Darüber hinaus sind Besuche bei Verwaltungsstellen, auf Gewerkschaftsschulen, in Erholungsheimen und auch bei Arbeitnehmerfamilien geplant.

Es bleibt zu erwarten, daß sich aus diesen Anfängen zur Überwindung der ostpolitischen Isolation des DGB ein allgemeiner Trend zum Kennenlernen und zur Verständigung mit den Organisationen, Problemen und den arbeitenden Menschen in den sozialistischen Ländern entwickelt. Es ist ohne Zweifel das Verdienst Heinz Klunkers, als erster mit einem der unzweckmäßigen Tabus im Deutschen Gewerkschaftsbund gebrochen zu haben.

23. Arbeiterkonferenz

Die Arbeiterkonferenz, die am 12. März in Leipzig beginnt, ist nicht — wie im Februar-Heft irrtümlich gemeldet — die 13., sondern die 23. Deutsche Arbeiterkonferenz.

Marschrute für den DGB-Kongreß

Um den sozialen und demokratischen Rechtsstaat Eine Bilanz der Landesbezirkskonferenzen des DGB

Zur Vorbereitung des 7. DGB-Bundeskongresses in Berlin fanden im Januar acht Landesbezirkskonferenzen des DGB statt. Der DGB Nordrhein-Westfalen hatte seine Konferenz schon im Oktober 1965 durchgeführt. Da diese Konferenzen (entsprechend der neuen Satzung) erstmals vor dem Bundeskongreß durchgeführt wurden, geben ihre Ergebnisse zweifellos Hinweise auf die Schwerpunkte der gewerkschaftspolitischen Arbeit, die auch auf dem Bundeskongreß zur Beratung anstehen.

Im Mittelpunkt der Beratungen aller Landesbezirkskonferenzen stand der Wille der Gewerkschafter, den sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu verwirklichen, wie er in der Verfassung vorgesehen ist. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik noch weit entfernt ist von dem Leitbild, das die Verfassung setzt. Dieses Generalthema, das auch das Motto des Hauptreferats von Ludwig Rosenberg vor dem 7. DGB-Kongreß ist, verdeutlicht, in welchem Maße die gewerkschaftliche Verantwortung und Aufgabenstellung über den Grad der materiellen Interessenvertretung der Arbeitnehmer hinausgewachsen ist.

Landesbezirk Bayern

Die DGB-Landesbezirkskonferenz Bayern fand am 22. und 23. Januar in München statt. Im Geschäftsbericht des Landesbezirksvorstandes unterstrich Alois Seitz, daß es die entscheidende und zugleich schwierigste Aufgabe der heutigen Generation sei, der Menschheit den Frieden zu erhalten.

Seitz erinnerte an den unmenschlichen, häßlichen Krieg in Vietnam und andere Krisenherde, woraus er die Schlüssefolgerung zog, die Gewerkschaften dürfen nicht schweigen, wenn unermeßliches Leid, grauenhafte Zerstörung — von Menschenhand verübt — noch immer im Mittelpunkt der Weltpolitik stünden, wenn immer noch die größte Sorge der Menschheit Krieg, Gewalt und atomare Vernichtung sei.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Hermann Berrmann ging in seiner Ansprache auf die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik ein. Berrmann bezeichnete die Propagandaflut gegen die Mitbestimmung als ein Zeichen für den Grad der Konsolidierung der restaurativen Kräfte im Unternehmertum, der ein bedenkliches Ausmaß erreicht habe. Dabei zeige sich, trotz mancher Stilwandlungen, deutlich, daß unsere Gesellschaft nach wie

vor eine Klassengesellschaft ist, mit allen Zeichen eines Klassenkampfes von oben.

Die Anträge

Die Anträge der Landesbezirkskonferenzen an den DGB-Bundeskongreß befassen sich mit Fragen der Sozial-, Bildungs- und Strukturpolitik des Landes. Es wird die Ausweitung der Mitbestimmung und die Ablehnung aller Notstandsgesetze gefordert sowie auf die Gefährdung der Demokratie durch Nationalismus und Rechtsradikalismus, die Gefährdung der Meinungsfreiheit durch Bestrebungen nach privaten Fernsehanstalten in Entschlüsse und Anträgen aufmerksam gemacht. Weiterhin wird der Bundeskongreß aufgefordert, „die künftige Arbeit der Bundestagsabgeordneten dahingehend zu registrieren, wie sie über Gesetzesvorlagen, die auf Anregung des DGB eingebracht werden, abstimmen“.

Ein weiterer Antrag fordert den DGB-Bundesvorstand auf, alles zu unterlassen, was die Kompetenz der DGB-Landesbezirke einschränkt oder ihre Zuständigkeit und Bedeutung mindert. Alle wesentlichen Veränderungen in personeller und sachlicher Hinsicht sollen von der Zustimmung der Landesbezirksvorstände abhängig gemacht werden.

Hier der Wortlaut eines der politisch interessantesten Anträge:

Abrüstung und Wiedervereinigung

„Die Bundesregierung ist bestrebt, innerhalb der NATO „nach dem Grad ihrer Bedeutung und dem Grad ihrer Lasten“ an der Verfügung über Atomwaffen beteiligt zu werden, damit, wie Bundeskanzler Erhard in seiner Regierungserklärung sagte, die Verteidigung gegen die offene Bedrohung aus dem Osten“ nicht erschwert wird. Dieses Bestreben der Bundesregierung wird immer mehr zum Kernpunkt der von Europa ausgehenden politischen Spannungen zwischen Ost und West, weil sich die osteuropäischen Staaten

durch ein nuklear gerüstetes Deutschland ebenfalls in ihrer Sicherheit bedroht fühlen.

Diese Entwicklung ist eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu der wünschenswerten Normalisierung unserer gegenseitigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland sollte das Sicherheitsbedürfnis der osteuropäischen Staaten aber auch im eigenen Interesse berücksichtigen, weil eine fortschreitende Aufrüstung beider Teile Deutschlands jeden Ansatz zur Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit unmöglich machen muß.

Die 7. ordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB Bayern fordert deshalb vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung Entscheidungen, die zu einer Verständigung mit unseren osteuropäischen Nachbarn und damit zu einer spürbaren Entspannung der Weltpolitik führen. Dazu gehört insbesondere der Verzicht der Bundesrepublik auf jede Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen und über alle anderen Arten von Massenvernichtungsmitteln.“

Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Die 7. Landesbezirkskonferenz des DGB Rheinland-Pfalz fand am 14. und 15. Januar in Koblenz statt. Der Landesbeiratsvorsitzende Julius Lehmbach bezeichnete die Forderung nach Mitbestimmung als die Realisierung dessen, was man die soziale Verpflichtung des Privateigentums nennt. Lehmbach sagte, das Erreichte, die Demokratie und die Freiheit seien nur zu erhalten durch eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der die überwiegende Masse der Menschen — nämlich die Arbeitnehmer — sich wirklich als Teil des Ganzen fühlen, in der sie selbst mitbestimmen und Verantwortung übernehmen. Auch das Referat des IG-Metall-Vorsitzenden Brenner befürte sich vorwiegend mit der Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung.

Über 40 Anträge und Entschließungen beschäftigen sich mit den vielfältigsten Problemen. So wird z. B. die Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Versicherten gefordert, die Gewährung eines einwöchigen Bildungsurlaubs pro Jahr, die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre, die Ablehnung jeder zusätzlichen Notstandsgesetzgebung, die Vereinheitlichung der Organisation des Schulwesens in Grundschule, Hauptschule und Gymnasium und vieles mehr. Eine Initiativ-Entschließung wendet sich gegen die Bestrebungen der Bundesregierung, künftige Lohn erhöhungen am Zuwachs des Sozialprodukts in der Bundesrepublik zu

Konzentration bei Flick

Zügige Zusammenfassung der Buderus-Gruppe

Geschäft mit dem „Leopard“-Panzer bei Krauss-Maffei

Der Flick-Konzern ist nicht nur einer der größten in der Bundesrepublik überhaupt, er wächst auch weiter von Jahr zu Jahr. Parallel dazu läuft die „Flucht in die Anonymität“. Nachdem die Minderheitsaktionäre rücksichtslos herausgedrängt sind, werden Aktiengesellschaften in GmbHs umgewandelt, die keinem Publizitätszwang unterliegen. Um die Umsatzsteuer zu umgehen, schließen diese wieder Organverträge ab, denn Lieferungen zwischen Organgesellschaften sind dann von der Umsatzsteuer befreit, wenn dem Organträger mehr als 75 Prozent der Kapitalanteile gehören.

Das jüngste Beispiel dieses Genres ist die „organisatorische Straffung“ der Buderus-Gruppe im Flick-Konzern. Nach Übernahme der staatlichen „Hessischen Berg- und Hüttenwerke A. G.“ waren im Sommer 1965 die hessischen Unternehmen der Buderus'schen Eisenwerke in Wetzlar unter der neuen Holding-Gesellschaft „Hessische Gesellschaft für industrielle Unternehmen Friedrich Flick GmbH“ durch einen Organvertrag zusammengefäßt, und die Metallhüttenwerke Lübeck GmbH mit den Buderus'schen Eisenwerken verschmolzen worden.

Die Umgruppierung wurde mit einem Angebot an die übrigen Buderus-Ak-

tionäre abgeschlossen, zwischen einer Barabfindung und einer Garantiedividende zu wählen. Zu bemerken ist noch, daß diese Machtausdehnung des Flick-Konzerns nur mit dem Einverständnis der hessischen Landesregierung möglich gewesen ist, der Regierung eines Landes, in dessen Verfassung nach wie vor der Sozialisierungsartikel enthalten ist.

Nun aber soll auch noch der bayrische Teil der Buderus-Gruppe an die Kanclare genommen werden: Zwischen den Buderus'schen Eisenwerken und der Münchner Krauss-Maffei AG, auf die der Löwenanteil der „Leopard“-Panzer-Aufträge der Bundeswehr entfällt, wird rückwirkend zum 1. Januar 1965 ein Organvertrag geschlossen. Auch hier haben die Krauss-Maffei-Aktionäre nur die Wahl, künftig „Anteilseigner“ mit garantiertem Dividendenanspruch — aber ohne Rechte — zu bleiben oder ihre Aktien gegen eine Abfindung an Flick abzutreten.

Der nach dem zweiten Weltkrieg als Kriegsverbrecher verurteilte Flick scheut augenscheinlich das Licht der Öffentlichkeit, zumindest, soweit es die Geschäfte seines Konzerns angeht.

H. B.

orientieren. Derartige Versuche seien geeignet, die Tarifautonomie auszuhöhlen.

Zwei wichtige Anträge der Landesbezirkskonferenz haben folgenden Wortlaut:

Ausweitung der Mitbestimmung

„Die VII. ordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB Rheinland-Pfalz begrüßt die Bemühungen des DGB und seiner Gewerkschaften um eine Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großbetriebe.“

Die Delegierten bedauern die Absage des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung, aus der zu entnehmen ist, daß die Bundesregierung noch nicht einmal bereit ist, diese Frage einer ernsten Prüfung zu unterziehen. Während die Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung sich in den fast überwiegenden Punkten mit Ausführ-

rungen wie „wir werden prüfen — wir wollen versuchen — wir wollen abwarten — das Ergebnis der Ausschüsse wird uns zeigen“ — usw. nicht endgültig festlegen wollte, hat sie ausgerechnet diese für die Arbeitnehmer wichtige Frage mit einer Handbewegung vom Tisch hinwegzulegen versucht.

Die Delegierten erwarten vom Bundesvorstand des DGB deshalb, daß er mit allem Nachdruck weiter für die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung in allen Großbetrieben eintrete und durch öffentliche Erklärung dafür sorgt, daß die wissenschaftlich falschen Darstellungen von Bundesregierung, Unternehmern und anderen Kreisen richtiggestellt werden...“ (Auszug)

Studienkommissionen nach Osteuropa

„Die weltweiten Bemühungen zur Verständigung der Völker in Ost und West, besonders im wirtschaftlichen

und kulturellen Bereich, haben zu hoffnungsvollen Anzeichen einer Entspannung geführt.

Die Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes, eine Studienkommission nach der Sowjet-Union zu senden, um die Möglichkeiten sozialer Kontakte zwischen Arbeitnehmern beider Seiten festzustellen, ist deshalb zu begrüßen. Die Delegierten halten jedoch die Beschränkung der Studienreise auf die Sowjetunion wie auch den vorgesehenen Zeitpunkt im Herbst 1966 für verspätet und unzureichend. Die Entwicklung in den west- und osteuropäischen Staaten macht die Aufnahme von Verbindungen zu diesen Völkern im Interesse der Belange der Arbeitnehmer und der gesamtedutschen Fragen notwendig.

Die Landesbezirksdelegiertenkonferenz fordert daher den DGB-Bundesvorstand auf, bis zum Bundeskongress Studienkommissionen in alle in Betracht kommenden ost-europäischen Länder zu entsenden mit dem Ziel, dem VII. ordentlichen Bundeskongress über die gesammelten Erfahrungen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Kontakte zu berichten."

Landesbezirk Hessen

Die Landesbezirkskonferenz des DGB Hessen fand am 14. und 15. Januar in Eltville statt. Der Landesbeiratsvorsitzende Otto Scheugenpflug charakterisierte die Bundesrepublik als einen Staat, in dem dem Gewinnstreben einzelner „keine Grenzen“ gesetzt sind. Als Vertreter des DGB-Bundesvorstandes setzte sich Werner Hansen mit den Plänen der Bundesregierung für eine „formierte Gesellschaft“ auseinander. Hansen verwahrte sich gegen alle Versuche der Ewiggegrienen, schon wieder gegen oder gar ohne eine frei und unabhängige Gewerkschaftsbewegung regieren zu wollen.

Hauptredner in Hessen war Prof. Eugen Kogon. Er unterstrich den Anspruch der Gewerkschaften auf erweiterte Mitbestimmung. Die Konferenz forderte die Ausweitung der gesetzlichen Mitbestimmung auch im Betriebsverfassungsgesetz, nahm Stellung zur Wirtschaftspolitik und Automation sowie gegen ein Engagement der Bundesregierung in Vietnam, forderte die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Tageszeitung im Bundesgebiet, unterstützte die Bestrebungen des DGB zur Verbesserung von Ostkontakte und verabschiedete folgende Entschließung zur Notstandsgesetzgebung:

Kein Kompromiß in Notstandsfragen!

Aus Presseberichten war zu entnehmen, daß Bundesminister Lücke die

Absicht hat, über Fragen der Notstandsverfassung mit den Gewerkschaften zu sprechen.

Die Delegierten erwarten vom Bundesvorstand des DGB, daß er bei diesen Besprechungen erneut mit aller Härte den ablehnenden Standpunkt der Gewerkschaften vertritt und sich auf keine Kompromisse einläßt.

Die im Oktober 1965 stattgefundene Übung des Bundesgrenzschutzes in Hessen, die das Ziel hatte, angenommene Streikversammlungen aufzulösen, die im Dezember 1965 durchgeführten Übungen der Lahrer Bereitschaftspolizei in Baden-Württemberg, die gegen angenommene bewaffnete Demonstrationen entlassener Arbeiter gerichtet waren, und schließlich das ebenfalls im Dezember verhängte Verbot der Fernsehsendung „Hallo Nachbarn“ beweisen eindeutig, daß schon jetzt — ohne zusätzliche Notstandsgesetze — die in der Verfassung garantierten Grundrechte in Gefahr sind und ausgeöhlt werden.

Der DGB sollte alles tun, auf die Parteien dahingehend einzuwirken, daß eine Verabschiedung der geplanten Notstandsgesetze nicht zusteht kommt und daß sich insbesondere die in den Gewerkschaften organisierten Bundesagsabgeordneten an die DGB-Beschlüsse und damit an das „Nein“ der Gewerkschaften zur geplanten Notstandsgesetzgebung halten.“

Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg fand am 28. und 29. Januar in Sindelfingen statt. Das Hauptreferat hielt der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg. Er registrierte eine „zunehmende Wiederbelebung jener Kräfte“, die den Neuaufbau nach 1945 in einen tatsächlichen Wiederaufbau der alten, überlebten Gesellschaft umlenken wollten. Rosenberg betonte: „Die gleichen Leute, die damals sich sogar unaufgefordert für die Sozialisierung der Großbetriebe ausgesprochen haben, bekämpfen heute Mitbestimmung der Arbeitnehmer als Verrat am Wirtschaftssystem und an der demokratischen Ordnung.“

Der Landesbeiratsvorsitzende Eugen Loderer begründete die Fortsetzung der aktiven Lohnpolitik, wie sie im Grundsatzprogramm des DGB festgelegt sei, mit dem Hinweis auf die steigenden Preise und als Antwort auf die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik.

Auf dieser Konferenz wurden ca. 90 Anträge und Entschließungen beraten, die sich u. a. mit folgenden Problemen

beschäftigen: Neben der Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung wird die Umwandlung der Industrie- und Handelskammern in paritätisch besetzte Wirtschaftskammern gefordert. Weiter wird die Durchführung von Anti-Kriegstagen, die Aufnahme von Ostkontakte, die Ablehnung jeglicher Notstandsgesetzgebung und die Herausgabe einer gewerkschaftseigenen Tageszeitung gefordert. Weitere Anträge fordern Maßnahmen gegen die Preistreiberei, wenden sich gegen Regierungsschuldverschreibungen an die Sozialversicherung und kritisieren die sogenannte Vermögensbildung der Arbeitnehmer, wie sie in dem 312-DM-Gesetz enthalten ist, als eine Maßnahme, die „nicht mehr als eine Sparförderungsmaßnahme“ ist. Die Delegierten wenden sich weiter gegen jeglichen Mißbrauch der politischen Strafjustiz.

Weitere Konferenzen

Weitere Landesbezirkskonferenzen fanden am 14. und 15. Januar in Göttingen (Niedersachsen), am 21. und 22. 1. in Cuxhaven (Nordmark), am 25. 1. in Westberlin, am 30. 1. 1966 in Neuenkirchen (Saar) und am 28. und 29. Oktober 1965 in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) statt. In Göttingen sprach der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke zu Fragen gewerkschaftlicher Tarifpolitik.

Auf dieser Konferenz machten sich auch Bemühungen zur Auflockerung der Gewerkschaften sichtbar. In einer Entschließung heißt es, die Gewerkschaften sollten nicht einfach „Nein“ zu den Notstandsgesetzen sagen, sondern vielmehr am Gesetzgebungsprozeß mitwirken. Sie sollten alle zur Verfügung stehenden legalen Mittel zur Verhinderung der Notstandsgesetze einsetzen.

Im übrigen wurde auch auf diesen Konferenzen der gleiche Themenkreis behandelt wie auf den vorgenannten. Nur auf der Landesbezirkskonferenz Nordrhein-Westfalen beschäftigte man sich fast ausschließlich mit Fragen regionaler Strukturpolitik. Auf dieser Konferenz wurden auch keine Anträge zu aktuellen politischen Fragen ange nommen.

So kann man insgesamt die Beschlüsse der 9 Landesbezirkskonferenzen des DGB als Wegweiser zu den politischen Schwerpunkten des 7. ordentlichen DGB-Bundeskongresses betrachten. Die Beschlüsse dieser Konferenzen machen den Willen der Mitgliedschaft deutlich, zu allen wichtigen Lebensfragen Stellung zu beziehen. Der DGB-Bundeskongress ist gut beraten, wenn er die Entscheidungen dieser Tagungen gebührend berücksichtigt. Czymek

IG Bergbau „klar zum Gefecht“

Bisher größte Protestaktion gegen Zechensterben „Gemeineigentum verhindert Zechenstilllegungen“

Die Bergarbeiterstadt Gelsenkirchen erlebte die bisher größte Protestaktion der Ruhrkumpel gegen das Zechensterben. Mehr als 15 000 Menschen waren einer Aufrichterung der IG Bergbau und Energie gefolgt, um gegen den Beschuß der Deutschen Erdöl AG zu protestieren, die Schachtanlagen „Bismarck“ 1/4, „Bismarck“ 2/6/9 und „Bismarck“ 7/8 zum 30. September stillzulegen.

Unter den Kundgebungsteilnehmern befanden sich nicht nur die Bergarbeiter und ihre Familienangehörigen, sondern auch die Repräsentanten von Rat und Verwaltung der Stadt Gelsenkirchen, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Geistliche beider Konfessionen, Angehörige der evangelischen und katholischen Arbeiterbewegung, Ärzte, Abordnungen der Nachbarschachtanlagen, Mitglieder der verschiedenen Industriegewerkschaften und Vertreter des gewerblichen Mittelstandes.

Unter dumpfem Trommelwirbel und angeführt von einem Block von zweihundert schwarzen Fahnen, zog der kilometerlange Demonstrationszug durch den Stadtteil Erle. Die schwarzen Fahnen der Not wehten auch von den Häusern und Geschäftspassagen entlang des Marschweges.

Auf den mitgeföhrten Transparenten hieß es: „Schluß mit den Zechenstilllegungen“, „Gelsenkirchen darf kein Armenhaus werden“, „Wir fordern die Zurücknahme der Stilllegungsanmeldung“, „Sorgt für unsere Frauen und Kinder“, „1946 Wirtschaft angekurbelt — 1966 kein sicherer Arbeitsplatz mehr“ und „Gemeineigentum verhindert Zechenstilllegung“.

IGBE-Vorsitzender Walter Arendt, der zu den Teilnehmern der anschließenden Protestkundgebung sprach, sagte, heute stehe man vor den Trümmern einer total verkorksten Energiepolitik. Rund 60 Zechen seien geschlossen oder zur Stilllegung angemeldet worden, ohne daß sich an der schwierigen Lage der Kohle auch nur das geringste geändert habe. „1945, da war der Bergmann ein verhältschelter Mann. Da nannte man ihn den Aristokraten unter den Arbeitern. Heute möchte man ihm am liebsten in den Hintern treten.“

Zu minutenlangen Tumulten kam es, als Arendt an das Wahlversprechen von Bundeskanzler Erhard erinnerte, dem Bergbau eine Jahresförderung von 140 Millionen Tonnen zu erhalten. Die empörte Menge rief: „Abtreten!“, „Fort mit Erhard!“ und „Jagt den Bundeskanzler auf die Kohlenhalden!“ Walter Arendt warnte die Verantwortlichen in Bonn und Essen. Sie müßten endlich etwas tun, damit der katastrophale Entwicklung am Energiemarkt ein Ende gesetzt werde. Die IGBE sei nicht länger gewillt zuzusehen, wie

die Folgen der Kohlenkrise auf die Bergarbeiterchaft abgewälzt würden. Die Gewerkschaft werde alle Anstrengungen unternehmen, um politische Entscheidungen zur Erhaltung des Bergbaus herbeizuführen. Stürmischer Beifall brauste auf, als Arendt seine Rede mit den Worten schloß: „Wir sind klar zum Gefecht.“

Dutzende von Transparenten mit der Losung: „Wir stehen zur IG Bergbau“ unterstrichen die Entschlossenheit der „Bismarck“-Kumpel, den Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze aufzunehmen.

Von der geplanten Stilllegung werden rund 6800 Bergarbeiter und Bergbauangestellte betroffen. Direkt oder indirekt sind von den „Bismarck“-Schächten insgesamt etwa 65 000 Menschen abhängig, deren wirtschaftliche Existenz nun aufs schwerste gefährdet ist. Vier Stadtteilen in Gelsenkirchen droht das wirtschaftliche Todesurteil, da Ersatzindustrien fehlen. B.

Das wahre Gesicht

Während 15 000 Kumpels in Gelsenkirchen mit Transparenten und schwarzen Fahnen gegen die Schließung der Zeche „Graf Bismarck“ protestierten, wurden auf der Krupp-Zeche Rossenray, eine der modernsten Schachtanlagen in der Bundesrepublik, 16 Bergarbeiter durch eine Schlagwetterexplosion getötet.

Die Umstände, die zu diesem furchtbaren Unglück geführt haben, veranlaßten den parlamentarischen Untersuchungsausschuß für Grubensicherheit in Nordrhein-Westfalen, schwere Vorwürfe gegen die Grubenleitung zu erheben. Der Untersuchungsausschuß beanstandete die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen der Zeche, die zweifellos auf das Konto der Zechenverwaltung gingen.

Aber das ist das wahre Gesicht der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik: Dort, wo die Zechen nach kapitalistischen Vorstellungen nicht mehr rentabel genug sind, werden Tausende von Bergarbeitern auf die Straße geworfen, und wo es sich für die Zechenherren noch lohnt, geht der Profit vor Grubensicherheit. Das Resultat sind 16 tote Kumpel. okolus

Neuer Bonner Schrumpfungs-Plan

Infolge des Unvermögens der Bundesregierung, eine nationale Energiepolitik zur Erhaltung der Kohle zu betreiben, steht im westdeutschen Steinkohlenbergbau eine neue Stilllegungswelle bevor, die ihren Anfang mit der angekündigten Schließung der Graf-Bismarck-Schäfte in Gelsenkirchen genommen hat und deren Ausmaß alles bisher Dagewesene übertreffen dürfte. Der in Bonn erörterte Plan, dem Bergbau eine Rationalisierungsanleihe von 1,5 Mrd. DM zu gewähren, geht nämlich davon aus, mit einem erheblichen Teil der gegenwärtigen Förderkapazitäten Schluß zu machen. Nach den jetzt bekanntgewordenen Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministeriums sollen im Rahmen einer sogenannten Auffanggesellschaft Kapazitäten in einer Größe von 50 Millionen Jahren-tonnen stillgelegt werden.

Entsprechend der Faustregel, daß auf je eine Schachtanlage eine Förderung von einer Million Tonnen kommt, würde das die Stilllegung von etwa 50 heute noch fördernden Zechen bedeuten. Die Bergbauunternehmer scheinen mit dem Bonner Schrumpfungs-Plan einverstanden zu sein, ließen sie — trotz ihres Einwandes, nicht als Schuldner der Anleihe auftreten zu können — doch erklären, daß man in der Bereitstellung von 1,5 Mrd. DM eine „willkommene Manövriermasse“ sehe.

Die vorgesehene Auffanggesellschaft bedeutet also keine Hilfe für die Kohle und ist lediglich die Neuauflage des berüchtigten Rationalisierungsverbündes, der sich in der Praxis als „Zechenbeerdigungsinstitut“ entpuppt hat. Der einzige Unterschied ist der, daß die Stilllegungsprämie von 25 auf mindestens 40 DM pro Tonne vernichteter Kapazität erhöht werden soll. Hierin wittern die Konzernherren eine Chance, aus Zechenstilllegungen das Geschäft ihres Lebens zu tätigen.

Die Schließung von mehr als 40 Schachtanlagen hat zwar den Bergbauunternehmern zusätzliche Probleme gebracht, die auch prompt ins lukrative Erdöl- und Erdgasgeschäft gesteckt wurden, an der Lage der Kohle jedoch nicht das geringste geändert. Im Gegenteil! Die Krise steuert einem neuen Höhepunkt entgegen.

Was der Steinkohlenbergbau braucht, sind nicht Gesundshumpfungsaktionen zu Gunsten der Großaktionäre, sondern energiepolitische Entscheidungen der Bundesregierung, die darauf abzielen, eine Jahresförderung von 140 Millionen Tonnen zu garantieren. Nur eine solche Fördermenge bietet die Gewähr dafür, daß der Energiemarkt nicht vollends unter die Kontrolle und damit unter ein mögliches Preisdiskretion der internationalen Ölmonopole gerät. Ganz zu schweigen von der Verpflichtung der Bundesregierung, den arbeitenden Menschen in den Kohlereviere ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten. —ner

Gewerkschaften fordern Bildungsurlaub

Arbeitnehmer müssen sich ständig forsbilden können

Gewerkschaft Textil - Bekleidung macht den Anfang

In der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ist ein neuer Begriff aufgetaucht: der Bildungsurlaub. Zum ersten Mal wurde jetzt von der IG Textil — Bekleidung im Rahmen ihrer bevorstehenden Tarifbewegung ein 15tägiger Bildungsurlaub gefordert. Andere Gewerkschaften haben auf ihren letzten Gewerkschaftstagungen ebenfalls in Beschlüssen die Gewährung eines zusätzlichen Bildungsurlaubs für die Arbeitnehmer verlangt. Auf das Verhandlungsergebnis der IG Textil — Bekleidung, die dieses „Neuland“ nun betreten hat, darf man gespannt sein.

Bislang war vom Bildungsurlaub nur sehr allgemein gesprochen worden. In den Entschließungen der Gewerkschaftstage und auch im DGB-Grundsatzprogramm sowie im Aktionsprogramm war lediglich die Forderung nach einem bezahlten Bildungsurlaub erhoben worden, ohne bereits Anhaltspunkte etwa für die Dauer zu geben. So sagt das Aktionsprogramm dazu:

Die Erwachsenenbildung ist stärker zu fördern. Der zweite, berufsbezogene Bildungsweg ist auszubauen. Ein zusätzlicher bezahlter Bildungsurlaub ist einzuführen.

Die IG Textil — Bekleidung hat nunmehr die Konkretisierung vorgenommen, indem sie für die Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie die Tarifierung eines Bildungsurlaubs von 15tägiger Dauer verlangt hat, der zusätzlich zum Erholungsurlaub gewährt und wie ser bezahlt werden soll.

Die Dauer von 15 Tagen entspricht zugleich auch der gesetzlichen Mindestdauer für Erholungsurlaub. Die Gewerkschaft erklärt dazu, daß sie diesen Urlaub keineswegs Jahr für Jahr für alle Beschäftigten anstrebt. Die Gewerkschaft sehe die Verpflichtung aus diesem angestrebten Tarifvertrag durch die Unternehmer als erfüllt an, wenn pro Jahr 10 Prozent der Beschäftigten von dem Bildungsurlaub Gebrauch gemacht haben.

Wer von den Arbeitnehmern Bildungsurlaub in Anspruch nehmen will, soll ihn zum Besuch von Veranstaltungen und Kursen berufsfördernder Thematik sowie mit staatsbürgerkundlichem, sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischem Programm verwenden. Für die Bildungsträger ist eine freie Wahl des Arbeitnehmers unter den anerkannten Schulungsmöglichkeiten vorgesehen.

Die Gewerkschaften haben für ihr Verlangen nach bezahltem Bildungsurlaub gute Gründe. In einem Interview der „Welt der Arbeit“ vom 31. 12. 1965 mit dem stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Bernhard Tacke bezeichnete dieser den bezahlten Bildungsurlaub

als das Hauptziel der Tarifpolitik für 1966. Tacke sagte:

„Sehr viele Arbeitnehmer verwenden ihre Freizeit und sogar ihren tariflichen Urlaub dazu, sich weiterzubilden. Es ist aber nicht zu vertreten, daß der Erholungsurlaub dafür verwandt wird. Längst ist erkannt worden, daß in der Bildungsarbeit die größeren Erfolge erreicht werden, wenn sie in Kursen und seminaristischer Form geleistet wird.“

Es ist nicht unbekannt, daß auf dem Sektor der Bildungspolitik in der Bundesrepublik ein ausgesprochener Notstand herrscht. Die Allgemeinbildung vieler Menschen, insbesondere ihr staatsbürgerliches und gesellschaftskundliches Wissen, stehen in keinem Verhältnis zu den Anforderungen, die das Leben stellt. Die technische Entwicklung der Industrie erfordert von jedem Berufsläufigen eine immer größere Qualifikation. Sowohl um den Anforderungen der Wirtschaft zu genügen, als auch um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können, muß den berufstätigen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine permanente Fortbildungsmöglichkeit gegeben sein.

Daß gerade die Gewerkschaften dieses Problem aufgreifen und hartnäckig verfolgen, beweist — wie so häufig —, daß ganz offensichtlich sie die größere gesellschaftliche Verantwortung aufzuzeigen imstande sind. Es ist bezeichnend, daß der Bildungsurlaub gegen den Widerstand der Unternehmermehrheit durchgesetzt werden muß, obgleich es letztlich die Arbeitgeber sind, die nach qualifizierteren Arbeitskräften rufen. Darum wird es auch notwendig sein, daß sich die Gewerkschaften einen bestimmenden Einfluß auf die Erwachsenenbildung sichern. Sie wissen aufgrund ihrer nunmehr schon ein Jahrhundert währenden Interessenvertretung der Arbeitnehmerchaft am besten, worauf es dabei kommt. Und sie bringen auch das notwendige Verantwortungsbewußtsein mit, um das Richtige zu tun.

Wenn jetzt die IG Textil — Bekleidung daran geht, den ersten Schritt zur Realisierung einer Forderung des Aktionsprogramms zu tun, so befindet sie sich damit gleichzeitig im Einvernehmen mit der UNESCO und der Inter-

nationalen Arbeitsorganisation der UNO. Beide Organisationen haben den Bildungsurlaub für die Arbeitnehmer als notwendig anerkannt und ihren Mitgliedstaaten die Verwirklichung empfohlen.

Der moralische Rückhalt für die Gewerkschafter, den Bildungsurlaub zu erkämpfen, ist offensichtlich stark. Auch von der materiellen Seite her können die Unternehmer kaum mit glaubwürdigen Argumenten operieren, denn die IG Textil — Bekleidung hat errechnet, daß der Aufwand für die Gewährung eines 15tägigen Bildungsurlaubs nur knapp 0,5 Prozent der Lohnsumme ausmachen würde. Da die Bekleidungsindustrie zu den lohnintensiven Wirtschaftszweigen zählt, dürfte die entsprechende Belastung in anderen Branchen noch geringer sein. Es bestehen also alle Voraussetzungen, um den Bildungsurlaub für möglichst viele Arbeiter, Angestellte und Beamte zu realisieren. Und es muß dazu noch gesagt werden, daß es dabei nicht allein um ideelle Werte für den einzelnen geht; denn letztlich zahlt sich größeres Wissen durch höheres Einkommen wieder aus. K. Kilian

Beim Streik — maßgehalten

Die Arbeiterschaft in der Bundesrepublik und ihre Gewerkschaften haben, wie eine Statistik über Streik und Aussperrung zwischen den Jahren 1955 und 1964 zeigt, den Streik im Lohnkampf äußerst maßvoll angewandt. Daß gleichzeitig auch der sogenannte wilde Streik, wie die von den Gewerkschaften nicht sanktionierte Arbeitsniederlegung in bewußt abwertender Weise genannt wird, nur selten in der Bundesrepublik praktiziert wurde, zeigt gleichzeitig, wie diszipliniert sich die Arbeitnehmer in den Jahren des Wiederaufbaues verhalten haben.

Daß in den anderen Industrieländern die Arbeiterschaft entschiedener aufrumpfte, wenn es um die Vertretung ihrer Interessen ging, geht ebenfalls aus der Statistik hervor. So wurden in den zehn Jahren zwischen 1955 und 1964 in den USA je 1000 Beschäftigten 10 505 verlorene Arbeitstage gezählt, in Italien 7727, in Frankreich 3416, in Japan 3250 und in England 2905. In der Bundesrepublik waren es ganze 537 verlorene Arbeitstage durch Streik auf 1000 Beschäftigte.

Die überraschende Verständigung der IG Metall mit den Unternehmern in der Metallindustrie, für die die IG Metall den Preis einer weiteren Verschiebung der Arbeitszeitverkürzung bezahlt hat, läßt vermuten, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik die vorsichtige Anwendung des „Streiks als letzte Waffe“ wie bisher praktizieren werden.

Ungleiche Besteuerung

Umsatz- und Verbrauchssteuern decken halben Staatsetat Unsoziale Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger

Aus einer im Bulletin der Bundesregierung veröffentlichten Übersicht des Finanzministeriums über die Steuereinnahmen 1965 geht hervor, daß die Steuerbelastung der Rentner und der Lohn- und Gehaltsempfänger weiter ansteigt, während das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer, der Einkommensteuer sowie der anderen Steuerarten, die Besitz und Vermögen betreffen, absinkt.

Den höchsten Einnahmewachs brachte die Umsatzsteuer. 51 Prozent der Steuereinnahmen von Bund und Ländern stammen aus Umsatz- und Verbrauchssteuer. Im Rechnungsjahr 1965 stiegen Umsatzsteuer und die Umsatzausgleichssteuer — das ist die Steuer, die bei der Einfuhr von Waren erhoben wird — um 10,4 Prozent.

Beide Steuerarten trugen mit über 24 Milliarden DM fast 42 Prozent der gesamten Bundeseinnahmen. Vor allem durch die hohen Preissteigerungen des vergangenen Jahres erzielte das Bundesfinanzministerium 2,3 Milliarden DM mehr als im Jahre 1964, und das ist weit mehr als die gesamte Vermögenssteuer.

Die ertragreichsten Verbrauchssteuern ergaben sich aus dem Mineralölverbrauch. Die hier erzielten Steuereinnahmen betrugen fast 7,5 Milliarden DM, das sind 22,5 Prozent mehr als im Jahre 1964 und die Kraftfahrzeugsteuer, die den Ländern 2,6 Milliarden DM mehr einbrachten. Beide Steuern zusammen machen über zehn Prozent der Gesamteinnahmen aus.

In welchem Maße die Verbrauchssteuern die Lebenshaltung verteuern, wird am Beispiel des Steueranteils für die sogenannten Genußmittel deutlich. Von jeder ausgegebenen Mark entfallen auf Verbrauchssteuern bei

Tabakwaren	52 Pfennig
Kaffee	27 Pfennig
Spirituosen	50 Pfennig
Tee	15 Pfennig

Sekt	15 Pfennig
Bier	10 Pfennig

Allein die Tabaksteuer betrug 1965 rund 4,7 Milliarden DM.

Der Anteil der Lohnsteuer, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten schon vor der Auszahlung ihrer Verdienste aus der Lohntüte genommen wird, deckte mit 16,738 Milliarden DM rund 18,5 Prozent der Einnahmen von Bund und Ländern. Ihr Aufkommen erhöhte sich gegenüber 1964 um 4,65 Prozent oder 760 Millionen DM. Demgegenüber betrug die Einkommenssteuer der sogenannten Selbständigen, dazu zählen steuerlich neben den Unternehmern und Großkaufleuten auch die Angehörigen der freien Berufe, 14,8 Milliarden DM. Das waren fünf Prozent mehr als im Jahre 1964, oder in DM ausgedrückt, 699,5 Millionen. Der Anteil der Selbständigen an den Steuereinnahmen von Bund und Ländern betrug dabei 16,3 Prozent.

Die Übersicht des Finanzministeriums über die Steuereinnahmen zeigt sehr deutlich den sozialreaktionären Charakter der Steuergesetzgebung und die unsoziale Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der Rentner.

Auch hier liegen zweifellos wichtige Aufgaben der Gewerkschaften, denn es ist durchaus zu befürchten, daß die Bundesregierung nicht nur darauf verzichtet, eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten vorzunehmen, sondern im Zuge der Finanzreform der arbeitenden Bevölkerung neue Steuern aufzubürden will.

Dr. T.

Verbesserung des Mutterschutzrechts

Nicht alle Gewerkschaftsforderungen berücksichtigt Jetzt Rechtsanspruch auf Entbindung in der Klinik

Seit dem 1. Januar 1966 ist das in wesentlichen Punkten ergänzte und verbesserte Mutterschutzgesetz in Kraft. Das Gesetz ist das Ergebnis jahrelanger Initiativen des DGB und seiner Gewerkschaften. Obgleich der Gesetzgeber nicht alle Gewerkschaftsforderungen berücksichtigt hat, enthält das Gesetz wesentliche Verbesserungen des Mutterschutzrechtes, die in folgenden Punkten bestehen:

- Die Einführung einer neuen Vorschrift über die Gestaltung des Arbeitsplatzes. Diese lehnt sich an die bereits bestehende Vorschrift in § 40 Abs. 1 ArbSchG an. Sie enthält Gebote an den Arbeitgeber, wie der Arbeitsplatz einer werdenden oder stillenden Mutter beschaffen sein soll.
- Die Ausdehnung der Beschäftigungsverbote auf mit großem Betriebslärm verbundene Arbeiten.

■ Das Höchstgewicht ist bei regelmäßigen Lasten auf 5 kg, bei gelegentlichen Lasten auf 10 kg begrenzt worden, wenn diese Lasten ohne mechanische Hilfsmittel von Hand gehoben, bewegt oder befördert werden.

■ Das grundsätzliche Verbot der Beschäftigung werdender Mütter mit Akkordarbeit und sonstigen Arbeiten, bei denen durch ein gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann, sowie Fließarbeit bei vorgeschriebenem Arbeitstempo.

■ Die Ausdehnung der Schutzfrist vor der Niederkunft für Mütter mit Familienhaushalt von bisher 4 auf 6 Wochen. Die generelle Verlängerung der Schutzfrist für alle werdenden Mütter wurde vom Gesetzgeber abgelehnt.

■ Die Verlängerung des Beschäftigungsverbotes für Wöchnerinnen von 6 auf 8 Wochen nach der Niederkunft, für Mütter nach Früh- und Mehrlingsgebärun auf 12 Wochen, unter Wegfall der bisherigen Sonderregelung für stillende Mütter.

■ Die Verlängerung der Anzeigefrist von bisher 1 Woche auf 2 Wochen nach Zugang der Kündigung.

■ Die Mitteilungspflicht des Arbeitgebers an die Aufsichtsbehörde, wenn eine schwangere Frau selbst kündigt.

■ Die Erhaltung von Rechten aus dem Arbeitsverhältnis. Mit dieser Vorschrift wird den Frauen das Recht eingeraumt, ohne Rücksicht auf bestehende Kündigungsfristen das Arbeitsverhältnis einseitig zum Ende der Schutzfrist nach der Entbindung zu lösen. Wird diese Frau innerhalb eines Jahres nach der Entbindung in ihrem bisherigen Betrieb wieder eingestellt, so leben die Rechte aus dem alten Arbeitsverhältnis wieder auf.

■ Außerdem wurden die Leistungen der Mutterschaftshilfe derart verbessert, daß nunmehr Anspruch auf Vorsorgeuntersuchung besteht und die werdende Mutter einen Rechtsanspruch auf Klinikentbindung hat.

Der ursprüngliche Gesetzesentwurf sah weiterhin die Zahlung einer einmaligen Pauschale für die Überwachung bei der Geburt sowie die Zahlung eines Mutterschaftsgeldes in Höhe von 150 DM als einmalige Leistung vor. Diese Bestimmungen fielen um die Jahreswende jedoch dem Haushaltssicherungsgesetz zum Opfer, mit dem die Bundesregierung und die Mehrheit des Parlaments bekanntlich die Wahlgeschenke wieder rückgängig gemacht haben. Voraussichtlich werden diese Leistungen erst ab 1967 gewährt. Der DGB hat die unvollkommene Verbesserung des Mutterschutzgesetzes kritisiert und seine Forderungen, insbesondere die generelle Ausdehnung der Schutzfrist vor der Niederkunft erneut kräftigt.

H. W.

Sozialversicherung in Gefahr

Bundesregierung greift nach den Versicherungsgeldern Plan der Kostenbeteiligung spukt noch immer in Bonn

Der Regierungskoalition in Bonn ist die gesetzliche Sozialversicherung offenbar ein Dorn im Auge. Dafür gibt es im Verlauf der 16jährigen CDU/CSU-Herrschaft zahlreiche Beispiele. Schon um die Jahrhundertwende hatte das deutsche Besitzbürgertum gehofft, mit der von Bismarck eingeführten gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung der immer stärker werdenden deutschen Arbeiterbewegung das Wasser abgraben zu können. Doch das war eine Fehlkalkulation. Die Arbeiterbewegung sah mit Recht in der gesetzlichen Sozialversicherung und der in ihr praktizierten solidarischen Hilfsgemeinschaft aller Arbeiter und Angestellten die bedeutendste Errungenschaft ihres Kampfes um soziale Sicherheit.

Die Konzernherren in der Bundesrepublik und ihre Bonner Regierungsparteien sind schon seit langem zum Angriff auf die gesetzliche Sozialversicherung, ihrer Rechte, Leistungen und finanziellen Grundlagen übergegangen. Das bevorzugte Ziel ihres Angriffes ist dabei das der Sozialversicherung zugrunde liegende Prinzip der Solidarität, das sie durch eine weitgehende Individualisierung der Leistungen (wie ihnen das in der Rentenversicherung schon gelungen ist!) durch „Selbstversorge“ und direkte Kostenbeteiligung zu ersetzen trachten.

In diesem Zusammenhang sei an die Denkschrift der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zu Problemen der Sozialpolitik, in der diese Ziele zum erstenmal offen proklamiert wurden, erinnert. Es kennzeichnet die Funktion der CDU/CSU als Partei des Monopolkapitals, wenn sich in den sogenannten „99 Thesen des CDU/CSU-Wirtschaftstages“ und in den „12 Thesen einer formierten Gesellschaft“ die von den Unternehmerverbänden schon 1956 veröffentlichten Ziele exakt wiederfinden.

So heißt es in der 9. These zur formierten Gesellschaft, in ihr „soll der einzelne Mensch seine private Initiative gerade auch in der Selbstversorgung für die Wechselseite des menschlichen Lebens wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Arbeitsfähigkeit im Alter (Invalideität) usw., frei entfalten“. Und in der These 62 des CDU/CSU-Wirtschaftstages: „Es ist eine Form der Selbstbeteiligung einzuführen, bei der der Versicherte bei jeder Behandlung ein individuellen Kosteninteresse hat.“

Das zeigt deutlich die sozialreaktiväre Einstellung der CDU/CSU, die sich an den Kranken, den Alten, den Familien mit Kindern schadlos halten will! Die Kostenbeteiligung in der sozialen Krankenversicherung ist ihr nächstes Etappenziel in dem weitgesteckten Angriff gegen die solidarische Sozialversicherung, das nach der Bundestagswahl mit varierten Methoden angesteuert wird.

Mit der Individualisierung der Leistungen und der Durchsetzung des

Prinzips der individuellen Selbstversorgung und Kostenbeteiligung werden aber noch andere Ziele verfolgt: Eine weitere Belebung der ohnehin schon blühenden Geschäfte der privaten Versicherungswirtschaft und der Abbau der Staatszuschüsse zur Sozialversicherung. Dazu heißt es in der These 61 des CDU/CSU-Wirtschaftstages: „Auf lange Sicht sollte angestrebt werden, daß sich die Rentenversicherung immer mehr selbst tragen kann.“

Im Zeichen der Bonner „Sparmaßnahmen“ hat Finanzminister Dahlgren diese Forderung erneut als Programmypunkt der Erhard-Regierung herausgestellt. Sein für die Sozialpolitik verantwortlicher Ministerkollege Katzer hat zugleich eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge angekündigt. Mit der neuen Pflegesatzverordnung soll bereits die Finanzierung der Krankenhäuser voll auf die Krankenkassen abgewälzt und jeder Zuschuß des Staates (hier vor allem der Länder und Gemeinden) eingestellt werden!

Die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung sind zwar in den letzten Jahren entsprechend der noch gültigen gesetzlichen Vorschriften absolut gestiegen. Aber erstens erhalten die Träger der Rentenversicherung davon einen Teil nur noch als Bundesschuldverschreibungen (vom Bund der Steuerzahler treffend als „Zwangsanleihe“ bezeichnet). Zweitens ist der Anteil des Staates an den Rentenausgaben von 30,3 Prozent 1961 auf 22 Prozent heute zurückgegangen. Und drittens wird die Sozialversicherung andererseits als billige Kapitalsammelstelle von der Monopolwirtschaft und dem Staat in der Bundesrepublik missbraucht. Ganz offen bekannte das die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom März 1959: „Die Sozialversicherungen und Arbeitslosenversicherung gehörten in den vergangenen Jahren zu den wichtigsten Kapitalsammelstellen.“

Bis zum Dezember 1933 galt in der deutschen Rentenversicherung das Umlageverfahren. Das heißt, die Ausgaben wurden direkt aus den Einnahmen gedeckt. Größere Kapitalreserven brauchten nicht gebildet zu werden.

Doch die Hitlerregierung stellte die Rentenversicherung auf das Kapital- und Anwartschaftsverfahren um. Zu welchem Zweck, ist heute allgemein bekannt: Während der NS-Herrschaft sind 30,5 Milliarden RM Sozialversicherungs-Beiträge und Rücklagen direkt in die Rüstung geflossen. In der Sozialversicherung der DDR ist man wieder zum Umlageverfahren der Weimarer Republik zurückgekehrt. Der Bonner Staat hat auch auf diesem Gebiet die „Rechtsnachfolge“ des Hitlerreiches angetreten.

Die Ergebnisse sprechen für sich: Von 1949 bis zum 30. Juni 1964 sind die Rücklagen der Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung) von 1,9 Milliarden DM auf 34,5 Milliarden DM angestiegen. Sie haben sich allein seit 1957 (17,1 Milliarden DM) fast verdoppelt. Von den am 30. Juni 1964 vorhandenen Gesamtrücklagen der Sozialversicherung entfielen 85,5 Prozent allein auf die Renten- und Arbeitslosenversicherung. Inzwischen ist aber in diesen beiden Versicherungszweigen das Vermögen erneut um rund 3 Milliarden DM angewachsen!

1949 waren noch 59,8 Prozent aller Rücklagen Einlagen und Barmittel. Der Anteil langfristiger Anlagen, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen und Darlehen betrug 23,6 Prozent, hat sich aber bis zum 30. Juni 1964 auf 63,5 Prozent erhöht! Über mehr als 10,6 Milliarden DM des Vermögens der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung befanden sich zu diesem Zeitpunkt in der Verfügung des Staates und seiner Unternehmungen (Bund, Länder, Gemeinden, Bundesbahn, Post, öffentliche Unternehmungen). Allein die mittels Schuldbuchforderungen des Bundes in Anspruch genommenen Mittel dieser drei Versicherungszweige sind von nicht ganz 945 Millionen DM Ende 1956 auf mehr als 4,5 Milliarden DM heute mehr als um das Dreieinhalbfaache angestiegen!

Über den größten Teil der Rücklagen der Sozialversicherung verfügen die Banken, vor allem die drei größten Monopolbanken Deutsche, Dresdner und Commerzbank. Waren es Ende 1956 8,3 Milliarden DM, die vom Vermögen der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung bei ihnen lagerten, so am 30. 4. 1964 gut 16,6 Milliarden DM (55,3 Prozent des Gesamtvermögens).

Vervierfacht hat sich seit Ende 1956 die Summe der den Banken von der Sozialversicherung zugeslossenen nicht zweckgebundenen Darlehen (auf 2,5 Milliarden DM), über die sie also völlig frei verfügen können, obwohl eine solche Vergabe der Mittel den Trägern der Sozialversicherung bis 1960

nach der Reichsversicherungsordnung überhaupt nicht gestattet war.

Die Gelder der Sozialversicherung sind billig. Sie sollen — nach den amtlichen Anlagevorschriften — eine „soziale Investitionsfunktion“ erfüllen und sich deshalb „beim Zinssatz an die untere Grenze der Marktlage halten“, um so zur Verbilligung der Produktion und zur Senkung der Preise beizutragen“, wie es in einer 1961 in Westberlin erschienenen Schrift „Vermögensanlage der Sozialversicherung“ heißt.

Höchste Zeit ist es, daß Gewerkschaften und Sozialverbände diesem Mißbrauch der Beiträge und Mittel der Sozialversicherung, der sonst zum dritten Mal in diesem Jahrhundert zu ihrem finanziellen Ruin führen könnte, Einhalt gebieten. Es gilt, die Forderung des DGB-Grundsatzprogramms nach voller Selbstverwaltung zu verwirklichen. Durch Beitragssenkung sollten die hohen Rücklagen bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung abgebaut und auch in der Bundesrepublik das Umlageverfahren in der Rentenversicherung wieder eingeführt werden.

Ein Schritt in diese Richtung wäre die von Hermann Beermann in der „Quelle“ erhobene Forderung, die Finanzierungsabschnitte und Rücklagen zu reduzieren und den Bundeszuschuß nicht weiter zurückgehen zu lassen. Es gilt, durch die Selbstverwaltung und gesetzliche Absicherung zu erreichen, daß die Gelder der Sozialversicherung nur noch für die Verbesserung und Sicherung der Leistungen für die Versicherten verwendet werden. A. Böpple

Streik und Aussperrung gleichwertig?

Nach welcher Logik argumentieren eigentlich jene Leute, die während der Sitzung des Tarifkonflikts in der Metallindustrie so selbstverständlich von „Streik und Aussperrung“ sprachen? Wenn die Metallarbeiter streiken würden, so konnte man in einigen Tageszeitungen lesen, so müsse man wieder mit einer Aussperrung in der Metallindustrie rechnen.

Eigentlich sollte doch die große Aussperrung von Metallarbeitern vor drei Jahren in Baden-Württemberg den Sachverhalt klargestellt haben: Die Aussperrung ist ein brutaler Mißbrauch wirtschaftlicher Macht und zudem noch rechtlich sehr fraglich. Während der Streik für die Arbeitnehmer das einzige Mittel ist, massivem unternehmerischem Druck mit gleichwertigem Gegendruck zu antworten, macht die Aussperrung dieses Kampfmittel der Gewerkschaften weitgehend wieder stumpf.

Der Streik ist moralisch und arbeitsrechtlich darum anerkannt, weil die Arbeitnehmer ohne diese Waffe jeglicher Willkür durch die Unternehmer schutzlos ausgesetzt wären. Da sie nur ihre Arbeitskraft, die Unternehmer aber die Produktionsmittel haben, muß den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit gegeben sein, im Notfall diesen krassen Machtunterschied auszugleichen. Diese Möglichkeit, die einzige, verschafft ihnen der Streik.

Man kann indessen bestimmt nicht behaupten, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik dieses letzte Kampfmittel leichtsinnig handhaben. Alle einschlägigen Statistiken beweisen das. Wenn nun aber die Unternehmer bei jeder Streikdrohung mit der Aussperrung spielen, so beweist das nur ihre abgrundtiefe Verachtung der arbeitenden Menschen. Sie wollen um jeden Preis ihre wirtschaftliche Überlegenheit behaupten und bis in alle Ewigkeit die Privilegierten der Gesellschaft sein.

Die abermalige Drohung mit der Aussperrung hat den Arbeitnehmern jedoch wieder ein Argument mehr gegeben, um ihren Kampf für die Beendigung des unternehmerischen Machtmisbrauchs der Wirtschaft durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu verstärken. Johannes B. Marl

Osternmarschbewegung kritisiert SED

In einem Brief an das Zentralkomitee der SED und an die Redaktion der Berliner Zeitung „Neues Deutschland“ hat der Zentralausschuß der Kampagne für Abrüstung — Osternmarsch der

Atomwaffengegner — sich gegen die Feststellung gewandt, daß der „Bänkelsänger“ Wolf Biermann aus der DDR den „humanistischen und friedlieben-

briefe ...

den Kräften in der Bundesrepublik in den Rücken gefallen“ sei.

Biermann habe sich bei seinem Auftreten in der Bundesrepublik als Kommunist für eine friedliche, auf Entspannung und Abrüstung gerichtete Politik ausgesprochen. Ferner spricht sich der Zentralausschuß in dem Brief gegen die Feststellung aus, daß der „antifaschistische Schutzwall“ der DDR die Voraussetzung dafür sei, daß in der Bundesrepublik noch Ostermarsche stattfinden können. Vielmehr stütze sich die Tätigkeit der Kampagne für Abrüstung auf das Grundgesetz der Bundesrepublik und auf die Inanspruchnahme demokratischer Rechte durch die Bürger.

Die Reaktion des Zentralausschusses ist verständlich, wenn man überlegt, daß schon eine unbedachte Äußerung aus der DDR den Initiatoren der Ostermarsche bei den Behörden der Bundesrepublik Schwierigkeit machen kann. Man sollte aber der ganzen Sache nicht mehr Gewicht beimessen, als sie verdient, denn um der Aufgabe willen, die sich die Ostermarschbewegung gestellt hat, ist es notwendig, die Verständigungsbereitschaft zwischen den Friedensfreunden der beiden deutschen Staaten nicht zu stören.

Vorschläge zur Rentenreform

Eine für die Sozialenquete eingesetzte Kommission hat nach ihren bisherigen Untersuchungen und Beratungen eine Reihe von Änderungen in der Rentenversicherung vorgeschlagen. So sollen die Altrenten nicht länger als ein Jahr hinter den Neurenten zurückbleiben und die Beitrags- und Versicherungspflichtgrenzen entsprechend der Lohn- und Gehaltsentwicklung jährlich geändert werden. Ein weiterer Vorschlag ist, auch alle Selbständigen künftig wenigstens in der Höhe eines Existenzminimums versicherungspflichtig zu machen. Endlich schlägt die Kommission vor, die Arbeiter-, Angestellten- und Knappschaftsversicherungen zu einer Organisation zusammenzufassen.

Abhängige Klein- und Mittelbetriebe

Die Mitbestimmung in der Wirtschaft ist nicht nur eine Sache der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Sie geht auch die Mittelstands- und Handwerksbetriebe an. Immer mehr Klein- und Mittelbetriebe geraten im Zuge der wirtschaftlichen Konzentration in die Abhängigkeit der Großunternehmen. Es gibt zwar in der Bundesrepublik keine genauen Statistiken über die Zahl der Zulieferbetriebe, aber eine von namhaften Vertretern des Mittelstandes durchgeföhrte Untersuchung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen nahe kommendes Bild. Danach beschäftigten als Zulieferer:

Daimler-Benz	16 568 Betriebe
Opel	7 760 Betriebe
Siemens	ca. 30 000 Betriebe
AEG	ca. 30 000 Betriebe
Farben-Bayer	ca. 17 000 Betriebe
BASF	ca. 10 000 Betriebe
Neckermann	ca. 3 000 Betriebe
Gutehoffnungshütte	ca. 4 500 Betriebe
Mannesmann	ca. 14 000 Betriebe

Blick in die Welt

AFL/CIO kritisiert Johnson

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung AFL/CIO übt in zunehmendem Maße Kritik an den sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen Präsident Johnsons. Auf einer Sitzung des Exekutivrates des Gewerkschaftsbundes am 25. Februar kündigte dieser ein Abrücken der Gewerkschaften von der Demokratischen Partei Johnsons an, wenn der Präsident weiterhin seine arbeitnehmerfeindliche Haltung beibehält. Die Demokratische Partei wird seit der Präsidentschaft Roosevelts von den im AFL/CIO vereinigten Gewerkschaften unterstützt.

Die US-Gewerkschaften fordern von der Regierung vor allem die Revision des Taft-Hartley-Gesetzes, u. zw. die Aufhebung des Verbots der „Union Shops“, wonach ein Arbeiter erst Mitglied der Gewerkschaft werden muß, wenn er in einem Betrieb arbeiten will, in dem alle Belegschaftsmitglieder gewerkschaftlich organisiert sind. Ferner fordern die Gewerkschaften die Erhöhung der Mindestlöhne von 1,25 auf 1,75 Dollar, während die Regierung nur 1,40 Dollar gestatten will. Schließlich kritisiert der Gewerkschaftsbund die Festsetzung der Richtlinie für Lohn- und Preiserhöhungen auf 3,2 Prozent als einseitig gegen die Lohnpolitik gerichtete Maßnahme der Regierung.

USA-Bergbau

lebt von der Verstromung

Im Gegensatz zum westdeutschen Steinkohlenbergbau nimmt der nordamerikanische Bergbau einen stetigen Aufschwung. Die Förderung der USA betrug 1965 515 Millionen short tons (1 short ton = 0,90718 t). Für 1966 wird mit einer Steigerung auf 540 Millionen short tons gerechnet. Der amerikanische Steinkohlenbergbau ist vor allem deshalb so gut im Geschäft, weil fast die Hälfte von den Kraftwerken abgenommen wird. Die Verstromung der Kohle wird in den USA in großem Umfang betrieben. Weitere 20 Prozent der Kohleförderung nimmt die Stahlindustrie ab. Erdöl und Erdgas haben die Kohle in der amerikanischen Stahlindustrie nicht verdrängen können. Vielmehr hat sich der Kohleanteil regelmäßig erhöht.

Ohne Zweifel spielt bei der Entwicklung der USA-Kohleproduktion die hohe Mechanisierung bei der Förderung eine Rolle, die eine um dreimal höhere Produktivität als im Ruhrgebiet gewährleistet; zum andern werden 35 Prozent der amerikanischen Steinkohle im Tagebau gefördert. Diese

Umstände verbilligen die US-Kohle gegenüber der westdeutschen sehr stark.

Dennoch sollte man sich in Bonn und in der westdeutschen Wirtschaft — wird Jemals der Versuch zur Lösung der Kohlenkrise unternommen — überlegen, ob nicht das amerikanische Beispiel, insbesondere die Kohlekraftwerke, der Nachahmung wert ist.

Bergbaugewerkschaften Lothringens führen gemeinsame Verhandlungen

Die Bergarbeitergewerkschaften Lothringens haben einen entscheidenden Schritt zur Aktionseinheit getan. Unmittelbar vor Beginn der Lohnverhandlungen im Bergbau haben die Vorsitzenden der CGT, der christlichen Gewerkschaft, der sozialdemokratischen FO und der aus dem Christlichen Gewerkschaftsbund hervorgegangenen CFDT eine gemeinsame Erklärung ausgearbeitet. In der Erklärung werden die Mitglieder in den Ortsverbänden aufgefordert, miteinander in Kontakt zu treten und ein gemeinsames Aktions- und Forderungsprogramm auszuarbeiten.

Die Vertreter der CGT, der CFTC, der FO und der CFDT haben beschlossen, regelmäßige Beratungen durchzuführen, die Aktionen zu koordinieren und die Forderungen zu beraten.

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen geht es um eine kräftige Lohnerhöhung und um die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausfall. Auf gesamtstaatlicher Ebene haben CGT und CFDT jetzt eine feste Form der Zusammenarbeit beschlossen. In einem Fünf-Punkte-Programm sind fünf Kampfziele enthalten, zu deren Erreichung die beiden Organisationen ihre ganze Kraft aufbieten wollen.

■ Verbesserung der Kaufkraft, der Lebens- und der Arbeitsbedingungen

■ Verteidigung und Ausdehnung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb

■ Kürzung der unproduktiven Ausgaben

■ Garantie des Rechts auf Arbeit

■ Reform des Steuerrechts. Entlastung der kleinen Einkommen. Stärkere Besteuerung der Großverdiener und Großvermögen.

Neues Leitungssystem

in der CSSR-Wirtschaft

In den Betrieben der Tschechoslowakei ist seit Beginn dieses Jahres ein neues Leitungssystem wirksam geworden. Dieses System war 1965 in verschiedenen ausgewählten Betrieben

erprobt worden. Nach dem früheren Prinzip der Wirtschaftsführung hatte jedes Unternehmen vom zuständigen Ministerium seinen Produktionsplan, der bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet war, erhalten. Auch die Höhe der Lohnfonds lag fest. Der Absatz der Erzeugnisse war Angelegenheit des Handels. Die Betriebe strebten darum häufig danach, einen niedrigeren Plan zu bekommen, um ihn hoch übererfüllen und gute Prämien einzustecken zu können.

Jetzt stellen die Unternehmen selbst das Produktionsprogramm nach den Marktanforderungen auf. Auch der Absatz auf dem Markt ist ihre Angelegenheit. Die Unternehmen werden auf diese Weise gezwungen, gute Qualität zu liefern und scharf zu kalkulieren, um ihre Produktion zu steigern und gut absetzen zu können. Die Höhe der Lohnfonds und vor allem der Prämien ist weitgehend davon abhängig.

Interessant ist auch das System der materiellen Beteiligung am Betriebsergebnis. So verbleiben etwa 40 Prozent des Bruttoerlöses, das über das eingeplante Niveau hinaus erzielt wird, im Betrieb. Davon wird die Hälfte für Lohn- und Gehaltserhöhungen verwendet. Die andere Hälfte geht in Reservefonds, Prämienfonds und soziale und kulturelle Einrichtungen des Betriebes.

Diese Angaben sind im Januar-Heft der in Prag erscheinenden deutschsprachigen Zeitschrift „Tschechoslowakische Gewerkschaften“ enthalten. Darin wird auch geschildert, wie sich der Lohn eines tschechoslowakischen Industriearbeiters zusammensetzt, nämlich aus dem Verdienst für die individuelle Leistung aufgrund des Leistungstarifs, aus Zuschlägen für erschwerte Arbeitsbedingungen und evtl. Überstunden, aus Prämien und aus einem Anteil an guten Wirtschaftsergebnissen (sobald diese erzielt wurden) nach dem bereits geschilderten Verfahren.

Alle diese über zentrale Regelungen hinausgehenden betrieblichen Fragen der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen werden in sogenannten Kollektivverträgen schriftlich fixiert, die zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und der Wirtschaftsleitung des jeweiligen Betriebes vereinbart werden. Zwischen dem Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaften und der Prager Regierung wurde jetzt ein Abkommen über den Abschluß und die Kontrolle solcher Betriebskollektivverträge vereinbart. Aufgrund dieses Abkommens wird in den Kollektivverträgen der verbindliche Vorgang bei der Entlohnung und eine Verpflichtung zur stetigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaftsmitglieder festgelegt. -t

Begründetes Mißtrauen gegenüber Bonn

Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ vom Februar 1966 erläutern den französischen Standpunkt gegenüber der NATO und dem Bonner Anspruch auf „nukleare Mitverantwortung“, den Paris ablehnt. In dem Artikel heißt es dazu:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands würde dadurch um keinen Schritt näherrücken – ganz im Gegenteil. In erster Linie faßt die von Bonn geforderte „nukleare Mitbestimmung“ den ostwestlichen Entspannungsbefreiungen entgegen. Abgesehen von dem emotional begründeten Mißtrauen gegenüber den Deutschen, das nicht nur im Osten zu Hause ist, wird die Sache auch dadurch äußerst delikat, weil die Bundesrepublik als einziges europäisches Land Territorialforderungen anzumelden hat [ob zu Recht oder zu Unrecht, steht hier nicht zur Diskussion]. Auch das oftmals vorgebrochene Argument, daß die Bundesrepublik, von dem französischen und britischen Beispiel verführt, eines Tages Atomwaffen in eigener Regie herstellen könnte, falls ihr nicht beiziehen ein entsprechender Platz in der nuklearen Verleidigung des Westens eingeräumt wird, zieht in Paris nicht. Dies heißt die wettbewerblichen Gegebenheiten falsch einschätzen, meint man am Quai d'Orsay.“

Barzel als „Laus im Kanzlerpelz“

Über Führungskonstellationen in der CDU und die schwache Position des Kanzlers Erhard berichtet in der ersten März-Ausgabe der IG Bergbau-Zeitung „einheit“, deren Bonner Korrespondent Jelanneck:

„Der CDU-Chef von morgen heißt Rainer Barzel. Auch dann, wenn am 23. März der Bundesparteitag der Christdemokraten Ludwig Erhard zum Parteivorsitzenden wählt. Bei der Rangelei, wor der erste Mann der Union werden soll, haben sich die Landesfürsten der CDU zwar für Erhard ausgesprochen – als Stellvertreter aber wollen sie ihm Barzel begeben. Ein fauler Kompromiß! Indes, der einzige mögliche. An dem 41-jährigen Fraktionschef kommt die Union nicht mehr vorbei. Kronprinz Barzel wird Erhard als Laus im Kanzlerpelz sitzen. Darüber täuscht sich niemand hinweg.“

Erhard hat sich nach dem Parteivorsitz nicht gedrängt. Der „Volkskanzler“, dem deutschen Volke durch ein „gnädiges Schicksal“ bescherft, hat keinen Geschmack am Parteiwesen. Von der „formierten Gesellschaft“ träumend, hält er reinweg gar nichts von den „Parteien“. Im Grunde seines Herzens sind sie ihm zufolge widerlich – genauso widerlich wie die Gewerkschaften. Erst vor zwei Jahren wurde Erhard eingeschriebenes Mitglied der CDU, nachdem es nicht mehr anders ging ... Barzel hängt jetzt Erhard mehr denn je an den Fersen. Er wird nicht lange dauern, bis der Kronprinz den König überholt hat. Spätestens 1969 wird es so weit sein. Vielleicht auch schon früher.“

Keine Festlegung durch Gutachten

In der März-Ausgabe der „Gewerkschaftspost“ der IG Chemie-Papier-Keramik nimmt Kurt Brumlop zum Lohnabschluß in der metallverarbeitenden Industrie Stellung:

„Immerhin, die Arbeitgeber waren in dem Konflikt Partei. Andere, die es nicht sein sollten, nahmen Partei, obgleich sie besser geschwiegert hätten. Gemeint sind der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Kienbaum (FDP) und sein Ministerpräsident Dr. Meyers (CDU). Kienbaum will die Tarifhöhe der Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht mehr gelassen, und Meyers, der sich zwar von diesem leichtligen Gedanke seines Wirtschaftsministers

distanzierte, möchte das amerikanische Taft-Hartley-Gesetz mit seiner Abkühlungsfrist auf die Bundesrepublik übertragen. Wollen nehmen eigentlich Politiker, die gerade mit einer Haushaltserhöhung von 8 Prozent gegen die 6-Prozent-Grenze des Sachverständigen-Gutachtens verstoßen haben, den Mut, gegen die Gewerkschaften aufzutreten? Fällt es ihnen nicht selbst auf, daß sie mit gespaltenem Zunge reden? Man wird sich jedenfalls bei der kommenden Landtagswahl in NRW an diese parteiische Einmischung in einen Tarifkonflikt erinnern müssen. Heißt die Übereinstimmung des Kompromisses im Metall-Konflikt mit der 6-Prozent-Norm des Sachverständigen-Gutachtens nun aber, daß die Sachverständigen für die Tarifverhandlungen dieses und der nächsten Jahre stets Pflicht setzen, an denen überhaupt nicht zu rütteln ist? Nein, denn wäre es so, dann würden Tarifverhandlungen überflüssig. Die Sachverständigen können immer nur wirtschaftliche Tatbestände vorfragen, die dann den Tarifparteien als Material ihrer lohnpolitischen Entscheidungen dienen.“

Zusammenspiel von Arbeitgebern und Bundesregierung

In einem Extrablatt deckt die Gewerkschaftszeitung „Metall“ vom 28. Februar 1966 das Zusammenspiel von Unternehmern und Bundesregierung auf, wie es wieder während der Tarifbewegung in der Metallindustrie sichtbar geworden ist:



„Noch nie ist das Zusammenspiel von Arbeitgebern und Bundesregierung gegen die Gewerkschaften so deutlich geworden wie in dieser Tarifbewegung. Zuerst gab Bundeskanzler Erhard den Unternehmern das Sichtwort, die tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche zu verlängern. Nachdem das zweite Erbacher Abkommen mit 6 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung zustande kam, tönte Bundeswirtschaftsminister Schmücker: 6 Prozent, das ist zuviel! Das war das Signal für Professor Balke, Präsident der Arbeitsgeberverbände. Preissteigerungen anzukündigen. Und das obwohl die Eingang von Erbach auf der Leitlinie des Sachverständigenrates liegt, was bedeutet? Die 6 Prozent in der Metallindustrie lassen sich auch ohne Preissteigerungen verkräften.“

Bundeskanzler Erhard fordert schon eine ganze Weile mit beschwörenden Worten, Löhne und Gehälter um nicht mehr als 4 Prozent zu erhöhen, obwohl er selbst die Ausgaben des Bundeshaushalts 1966 um mehr als 8 Prozent hinaufschraubt. Genau das aber ist vom Sachverständigenrat als die wichtigste Quelle der Preissteigerungen bezeichnet worden.“

Wie der Preis manipuliert wird

Das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Wilhelm Haferkamp, beleuchtet im Februar-Holt „ausblick“, der Zeitung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die Kräfte, die ständig an der Preisschraube drehen – und wie das gemacht wird:

„Viele dieser Preissteigerungen waren weder zufällig, noch waren sie abhängig von der Markt- oder Kostenentwicklung. Viele Preissteigerungen wurden gemacht! Die amtliche Wirtschaftspolitik bedient sich dabei sowohl makroökonomischer als auch dirigistischer Methoden. Diese Methoden sind am deutlichsten erkennbar in den beiden Bereichen, in denen die Preissteigerungen am größten waren. Die Wohnungsmieten stiegen im Durchschnitt um 5,8 Prozent. Die Bodenpreise stiegen teilweise zweimal zehnmal so hoch. Daß die Bodenpreise nicht durch Lohnerhöhungen verursacht werden, ist bekannt. Ebenso bekannt ist auch die Tatsache, daß steigende Bodenpreise zu steigenden Bau-

kosten und damit zu steigenden Mietpreisen führen. Sowohl Bauland als auch Mietwohnungen sind knapp. Die Nachfrage ist auf diesem Gebiet noch immer größer als das Angebot. Wer sich in einer solchen Situation – wie etwa der damalige Wohnungsbauminister – für eine Freigabe der Mieten entscheidet, der muß sich darüber klar sein, daß er massive Preissteigerungen auslöst. Daß es so war, wird bewiesen durch die Festlegung von „Obergrenzen“ für solche Mietsteigerungen auf 25 Prozent! Dazu kommt noch, daß es sich bei Wohnungen um Güter handelt, die auch bei rasch steigenden Preisen nicht beliebig rasch vermehrt werden können.“

Würde man den Markt für Nahrungsmittel ähnlich liberalisieren, so würde dies infolge des Überangebotes auf dem Weltmarkt zu starken Preissenkungen führen. Auf diesem Sektor, wo ein Überfluß an Nahrungsmitteln besteht, baut man jedoch die Preisreglementierungen weiter aus, um auch bei sinkenden Weltmarktpreisen den inländischen Preisniveau ansteigen zu lassen. Die Möglichkeit zu weiteren Preissteigerungen trotz sinkender Weltmarktpreise bieten die EWG-Marktordnungen. Mit ihrer Hilfe hat die Bundesregierung erreicht, daß die Preise für Getreide, und damit für Mehl und Backwaren, aber auch für Futtermittel in der Schweine- und Geflügelzucht teilweise doppelt so hoch sind wie auf dem Weltmarkt und sehr viel höher als beispielweise in den Niederlanden, die auch der EWG angehören.“

Das unterschiedliche Verhalten der Bundesregierung bei der Freigabe der Mieten und der verschärften Reglementierung der Agrarpreise zeigt deutlich, daß die Prinzipien der Marktwirtschaft dann angewendet werden, wenn die Preise auf Grund der gegebenen Nachfragesituation ansteigen. Dieses Prinzip wird jedoch dort nicht angewendet, wo die Preise auf Grund eines günstigen Angebotes sinken könnten. Dieses unterschiedliche Verhalten erfolgt offensichtlich zum Nachteil der Nachfrager – Mieter, Verbraucher –, zum Vorteil der Anbieter – Hausbesitzer, Landwirte –. So können letztlich alle Preisbewegungen – also auch die, die sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen vollziehen – politisch gesteuert werden. Hierfür sind dann die politischen Instanzen verantwortlich. Daher sind alle Aufforderungen zum Maßhalten an die Gewerkschaften und an die Verbraucher so lange eine Irreführung der Öffentlichkeit, als die Regierung nicht die Preise stabilisiert, auf die sie indirekt über die Weltbewerbspolitik beeinflussen kann.“

Zahlenspiel mit den offenen Stellen

Die Zeitung der IG Bergbau und Energie – „einheit“ – berichtet in Nr. 5 vom 1. März 1966 über ein kaum bekanntes Problem, das für Tausende von Bergarbeitern bei den Zechenstilllegungen auftreten:



„Die große Frage z. B., was mit den älteren, aber noch nicht rentenberechtigten Arbeitern und Angestellten geschehen soll, brennt uns unter den Nägeln. Wen wundert es dann, wenn die Gedanken gerade dieses Personenkreises einmünden in die billtere Frage, wie wohl ein Politiker oder Minister in Bonn reagieren würde, wenn ihm persönlich solche Unbill widerfahren sollte; mit dem gleichen Einkommen den betroffenen Bergmanns und dem trostlosen Wissen darüber, daß man nicht mehr in einen gleichwertigen Beruf vermittelt werden kann.“

Solche Männer, die mit 45, 46 oder 47 Jahren durch die schwere Bergarbeit verbraucht wurden, stehen heute in Gelsenkirchen auf der Straße, und ihnen kommt es wie Hahn und Spott vor, wenn in Regierungskreisen davon die Rede ist, daß wir in der gesamten Bundesrepublik mehr offene Arbeitsstellen haben als Arbeitsuchenden. Es sei die ernste Mahnung an die verantwortlichen Politiker in Bonn gerichtet: Mehr Verständnis für die Sorgen der arbeitenden Menschen in jedem Einzelfall würden unserer Bundesrepublik besser zu Gesicht stehen als die unpersönlichen Zahlenspielereien mit den offenen Stellen.“

TERMIN

KALENDER

- 9.—14. Mai
7. Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin
- 31. Mai — 4. Juni
Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg
- 4. Juni
75-Jahr-Feier der IG Metall in Frankfurt
- 20.—25. Juni
Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Eden in Bremen
- 28. August — 2. September
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz in München
- 4.—9. September
Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund
- 11.—16. September
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten in Bremen
- 13.—16. September
Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Karlsruhe

Zwei Bände: Automation - Risiko und Chance

Der bisher größte internationale Erfahrungsaustausch über die Automation, Elektronik und Verwendung neuer Materialien und Energien, insbesondere aber über die sozialen Konsequenzen des technischen Fortschritts, hat bekanntlich im März 1965 auf Anlassung der IG Metall in Oberhausen stattgefunden. Die auf dieser Tagung gestellte Frage: „Automation — Risiko oder Chance?“, die von vielen internationalen Fachleuten, von Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen, Ärzten, Pädagogen, Vertretern nationaler Regierungen und internationaler Organisationen, untersucht wurde, hat eine weite Diskussion im Bundesgebiet ausgelöst.

Es ging in diesen Referaten und Diskussionen nicht darum, die alte Angst der Arbeitnehmer um den Arbeitsplatz und die wirtschaftliche Existenz zu schüren. Es ging darum, das soziale Gewissen und das Bewußtsein einer sozial-ökonomischen Verantwortung

Verschwörung des Schweigens

Der gezielte Konjunkturpessimismus der Unternehmer, vor allem in der Eisen- und Stahlerzeugung, wurde jetzt von der Wirklichkeit „in die Planne gehauen“. Während die Arbeitgeber vor dem Hintergrund der Tarifverhandlungen in der Metallverarbeitung und der zum Frühjahr anstehenden Tarifbewegung in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie laufend düstere Prognosen stellten, sind die Banken in ihren Konjunkturberichten zu ganz anderen Ergebnissen gekommen.

So stellt beispielsweise die Commerzbank ausdrücklich fest, daß auch für 1966 ein Konjunkturpessimismus nicht am Platze sei. Die Besorgnis, die insbesondere durch den wachsenden Importdruck um sich gegriffen habe, sei ebenfalls nicht berechtigt. Vielmehr werde sich das Auslandsgeschäft wieder bessern und damit einen Ausgleich für die tendenziell nachlassende inländische Investitionstätigkeit bieten.

Tatsache ist, daß es in den vergangenen Wochen bei den Wirtschaftsverbänden und der (unabhängigen) Presse in bezug auf wichtige Daten, beispielsweise über die Entwicklung des Auftrageingangs, so etwas wie eine „Phalanx des Schweigens“ gegeben hat. Natürlich sollte damit die Miesmacherkampagne gegen die Lohnforderungen der IG Metall und der übrigen Gewerkschaften unterstützt werden.

In Wirklichkeit aber betrug der Auftragszugang von 1965 für die gesamte Industrie mehr als 6 Prozent und lag damit noch über dem Zuwachs der Pro-

duktion. Für die metallerzeugende und verarbeitende Industrie dürfte jedoch interessant sein, daß die Investitionsgüterindustrie, die weitgehend mit dem Wirkungsbereich der IG Metall identisch ist, in den elf Monaten von Januar bis November 1965 gegenüber dem Vorjahr einen durchschnittlichen Auftragsanstieg von 9,2 Prozent erzielt hat. Der Wirtschaftsverband Stahl und Eisenbau in Köln mußte jetzt zugeben, daß in der Stahlindustrie auch im Dezember 1965 (neuere Daten liegen noch nicht vor) wieder ein „überraschender Anstieg“ der Auftragseingänge zu verzeichnen war.

Der offizielle Konjunkturpessimismus der Unternehmerverbände ist künstlich. Hinter der vorgehaltenen Hand sagt man es anders. Und der Zweck dieser Übung ist, die Öffentlichkeit gegen die Gewerkschaftsforderungen aufzubringen. Die Wirklichkeit bietet den Gewerkschaftern jedoch keinen Grund, sich von dem Unternehmengerede irritieren zu lassen. Denn es wäre nicht das erste Mal, wenn dann am Ende des Jahres festgestellt würde, daß das Ergebnis „überraschenderweise“ besser ausgefallen sei als am Jahresbeginn die Prognose. Dr. T.

Zu guter Letzt:

Nach Untersuchungen eines Institutes für Marktpsychologie kennen von 30 befragten Bundesbürgern 19 den DGB-Vorsitzenden Rosenberg, 16 Otto Brenner, den Vorsitzenden der IG Metall, und 13 Georg Leber, den Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Eden. Nur neun von 30 kennen den Vorsitzenden der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Prof. Balke.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat.
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Münweg 3/9
Telefon 36 38 Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter:
Berd Siebert, Hamburg
Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch
Druck: Max Kisteller, 2 Hamburg 50,
Unterstraße 9-11
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement
1,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet